

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Klaus Seidl: „Gesetzliche Revolution“ im Schatten der Gewalt. Die politische Kultur der Reichsverfassungskampagne in Bayern 1849.

Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2014, 288 S., ISBN: 978-3-506-76645-8



„Mitbürger! Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes, denn die von dem deutschen Parlamente verkündete Reichsverfassung ist Gesetz für Deutschland. Unsere Regierung steht auf dem Boden der *Rebellion*, denn sie hat sich *empört* gegen dieses Gesetz. (...) Franken hat jetzt die große Aufgabe, es muß den Altbayern vorangehen im Kampfe für die Freiheit für Deutschland. Vorwärts ihr Männer von Franken! Die Franken müssen Bayern *deutsch* und *frei* machen.“

Und:

„*Das Vaterland, die Freiheit ist in Gefahr!* Die Freiheit, das höchste Gut des Menschen, sie soll uns entrissen werden – wir sollen wieder geknechtet werden! (...) Ja, diese Verfassung, die ich hier in der rechten Hand halte, sie soll unser Kind, unsere Losung, unsere Fahne seyn, die wir vertheidigen, mit Blut und Leben. Dieser Fahne wollen wir folgen, diese Fahne soll uns stärken, wenn es gilt, sie uns nicht entreißen zu lassen! (...) *Wir wollen uns geloben, für diese Verfassung unser Leben einzusetzen. Bekräftigen wir dies mit einem donnernden Hoch auf die Verfassung des deutschen Reichs!*“

Sowohl für den Ende April 1849 auf dem Demokratenkongress in Bamberg in Auftrag gegebenen Aufruf „An das fränkische Volk“ von Gustav Diezel, einem bekannten Republikaner und Redakteur des Hauptorgans der Nürnberger Demokraten „Der Freie Staatsbürger“, als auch für die am 2. Mai auf der großen Nürnberger Volksversammlung gehaltene Rede des demokratischen bayerischen Landtagsabgeordneten Jakob Schmidt (S. 90 f. u. 228 ff. - HiO) ist mit Blick auf die 48er Revolution in Deutschland festzuhalten: Beide Äußerungen stehen inhaltlich wie formal beispielhaft für das ungemein starke, zumeist aus voller Überzeugung und mit viel Leidenschaft geführte, häufig auch mit persönlich gravierenden Folgen verbundene politische Engagement zahlreicher Anhänger der „gesetzlichen Revolution“ von 1848/49 und der Befürworter der von der deutschen Nationalversammlung am 28. März 1849 verabschiedeten Reichsverfassung, die sich in der Endphase der Revolution, in der sogenannten Reichsverfassungskampagne vom Frühjahr 1849, für die vollständige Anerkennung des Verfassungswerkes der Paulskirche einsetzten und zu diesem Zweck verschiedene Formen der öffentlichen Meinungsbildung und Willensbekundung nutzten. Wäre diese erste deutsche Verfassung, die durch einen Kompromiss zwischen den Frankfurter Parlamentsfraktionen zustande gekommen war und deshalb konstitutionelle und demokratische Elemente miteinander verband, tatsächlich eingeführt worden, und zwar zusammen mit den schon vorab vom Parlament beschlossenen „Grundrechten des deutschen Volkes“, dann hätte Deutschland bereits zu diesem Zeitpunkt nicht nur ein relativ fortschrittliches und weit entwickeltes Verfassungs- und Rechtssystem innerhalb der Staatenwelt Europas und

des Westens besessen, sondern dieser Vorgang hätte nach Einschätzung von Wolfgang J. Mommsen auch „zweifelloso die Dimension einer ‚friedlichen Revolution‘“ gehabt¹.

Obwohl noch am 14. April 28 deutsche Staaten in einer Kollektivnote die Reichsverfassung bedingungslos anerkannt hatten, weigerten sich mit Österreich, Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen und zunächst auch Württemberg die sechs größten Einzelstaaten des Deutschen Bundes, die Konstitution zu akzeptieren, was die politische Situation krisenhaft zuspitzte. Es kam zu einer „Kraftprobe zwischen der Nationalversammlung und den ablehnenden Staaten“, und in einem bislang ungekannten Ausmaß „solidarisierte sich in beinahe allen deutschen Staaten eine breite Volksbewegung“ mit dem Frankfurter Parlament und seinen Beschlüssen und bekundete „öffentlich ihre Sympathie für die Verfassung“ (S. 13f.). Aus diesen gewaltlosen Massenprotesten entwickelten sich dann Anfang Mai in einigen Staaten erste Widerstandsversuche, die in Sachsen, der Pfalz und in Baden zu bewaffneten Aufständen und später zu militärischen Auseinandersetzungen führten, an deren Ende im Juli 1849 die Kapitulation der letzten Revolutionäre in der Festung Rastatt und damit die Niederschlagung der deutschen Revolution insgesamt stand.

An diesem Punkt setzt das vorliegende Werk an: dem geschilderten Verfassungskonflikt, der seit Ende März 1849 die deutsche Staatenwelt erschütterte und von der historischen Forschung „bestenfalls ‚stiefmütterlich‘“ behandelt wurde (S. 16). Diese für die Publikation leicht überarbeitete Dissertation an der Ludwig-Maximilians-Universität München widmet sich in intensiver Weise und sowohl fachlich fundiert als auch recht komprimiert der „(politische(n) Kultur der Reichsverfassungskampagne in Bayern 1849“. Geleitet wird sie von der Zielsetzung, „eine Neuinterpretation des Revolutionsfinales“ zu wagen, eine neue Deutung der Reichsverfassungskampagne „als komplexes Ereignis“ vorzulegen und auf diese Weise die durch Friedrich Engels² nachhaltig geprägte, „abwertende Begriffsschöpfung“ sowie die im Anschluss daran lange Zeit in der deutschen Historiographie „vorherrschende Gewaltfixierung“ und einseitige Betrachtung der Kampagne zu überwinden. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, geht es dem Autor vor allem um einen „doppelte(n) Perspektivwechsel“, der einerseits den Blick über die bekannten, regional und sozial beschränkten Aufstände und Kämpfe hinaus weitet, und der andererseits in Anlehnung an neuere Erkenntnisse der sozialkultur-, politik- und regionalgeschichtlichen Forschung³ den Fokus auf bisher zu kurz gekommene Problembereiche richtet: So gilt es, den gewaltlosen Protest eingehend zu beschreiben, der für die Haltung der Bevölkerung „weitaus charakteristischer war als der bewaffnete Kampf“ und an dem sich Demokraten wie Konstitutionelle beteiligten; ferner soll die Intensität und Breite der politischen Partizipation im Frühjahr 1849, die „größer war als in der Märzrevolution“, besser erfasst; und nicht zuletzt die Verfassungsbewegung selbst genau bestimmt werden (S. 21-24 u. 34).

Zwei für die historische Forschung wegweisende Annahmen legt Seidl seiner Untersuchung zugrunde: Zum einen stellt für ihn die Verfassungsbewegung „eine zutiefst legalistische, politische Kampagne“ dar. So hätten Abgeordnete des Frankfurter Parlaments und Mitglieder des Zentralmärzvereins im Dezember 1848 „das Konzept der ‚gesetzlichen Revolution‘“ zu ihrem Programm gemacht und sich damit von der radikalen außerparlamentarischen Linken wie von der monarchischen Gegenrevolution distanziert. Als Grundüberlegung ihres Pro-

¹ Vgl. dazu: Wolfgang J. Mommsen: Die zweite Revolution, die nicht sein sollte: Die Reichsverfassungskampagne: die letzte Phase der Revolution von 1848/49. In: Christof Dipper/ Lutz Klinkhammer (Hg.): Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 113-126, hier S. 114.

² Den Begriff der „Reichsverfassungskampagne“ schuf Friedrich Engels, als er die Konflikte und Kämpfe um die Reichsverfassung, an denen er selbst teilgenommen hatte, in einem Fortsetzungsartikel für die „Neue Rheinische Zeitung“ schilderte. Aus dieser Artikelserie entstand später die Schrift: Ders.: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx-Engels Werke, Bd. 7, Berlin (Ost) 1960, S. 111-197.

³ Vgl. dazu u. a. die Forschungserträge von: Dieter Langewiesche: Revolution als Krisenmanagement? In: Frank Becker u. a. (Hrsg.): Politische Gewalt in der Moderne, Münster 2003, S. 93-108; Frank Möller: Die Reichsverfassungskampagne in Thüringen. In: Hans-Werner Hahn/ Werner Greiling (Hrsg.): Die Revolution 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume – Handlungsebenen – Wirkungen, Rudolstadt u. a. 1998, S. 93-110.

gramms hielten die Protagonisten der gemäßigten demokratischen Linken fest, dass die erfolgreiche Märzrevolution einen neuen Rechtszustand geschaffen habe, der es ermögliche, ihre politischen Ziele und Vorstellungen auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Die Mittel hierfür lieferten die Märzerrungenschaften, die es unbedingt zu verteidigen gelte. Zu diesen zählten sie zuvörderst die deutsche Nationalversammlung, „in der die Demokraten die Volkssouveränität manifestiert sahen“, da sie aus einer Volkswahl hervorgegangen und durch Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 legalisiert worden war. Der „überwältigende Erfolg“ des Programms, mit dem der Märzverein zur größten Parteiorganisation der Revolutionszeit wurde, machte deutlich, dass „das Prinzip der Gewaltlosigkeit einen breiten gesellschaftlichen Konsens widerspiegelte“ und den Nerv der Zeit traf. Zum anderen versteht Seidl die Verfassungsfrage „zu allererst“ als „politische Streitfrage“, da sie eben nicht militärisch bei Barrikadenkämpfen oder auf Schlachtfeldern entschieden wurde, sondern die Volksbewegung in den meisten Staaten danach strebte, die Reichsverfassung durch „die Macht der öffentlichen Meinung“ durchzusetzen. In der Folge hätten sich konstitutionell-liberale und demokratische Anhänger wie konservative und royalistische Gegner der Verfassung den „Räume(n) der neuen politischen Öffentlichkeit“ zugewandt - von den Parlamenten, über die Presse, bis hin zu den Wirtshäusern und den Versammlungen auf der Straße -, und am Ende habe sich dort und an den davon beeinflussten Sitzen der Regierungen „das Schicksal der Reichsverfassung“ entschieden (S. 22, 24 u. 33).

Aus diesem Grunde verfolgt die Arbeit die öffentliche Debatte über die Verfassung und den nach Veit Valentin so benannten „Kampf ums Recht“ (S. 27), indem sie am Beispiel des Königreichs Bayern und seiner rechtsrheinischen Gebiete Altbayern, Franken und Schwaben einige ausgewählte Bewegungen der Reichsverfassungskampagne, ihre führenden Köpfe sowie die eingesetzten Aktionsformen und einzelne Handlungsschauplätze gründlich untersucht und dabei darlegt, wie Befürworter und Verweigerer zwischen März und Juni 1849 die Reichsverfassung umzusetzen oder zu verhindern gedachten. Die Untersuchung selbst ist in drei große Abschnitte (zuzüglich Einleitung und Résumé) gegliedert: Im ersten Abschnitt werden zunächst die reichsweit handelnden Frankfurter Zentralinstanzen behandelt. Daran anschließend erfolgt eine Auseinandersetzung mit den bayerischen Akteuren, das heißt, mit den Verfassungsunterstützern, ihren spezifischen Zielen, Motiven und Handlungsweisen und der von ihnen koordinierten Anerkennungsbewegung ebenso wie mit König Maximilian II. und der bayerischen Staatsregierung unter Ludwig von der Pfolden, welche sich beharrlich weigerte, die Verfassung zu akzeptieren, und durch eine „geheime Volksstimmungspolitik“ die „Verfassungsbewegung bekämpfte, besänftigte und manipulierte“, sowie mit den Verfassungsgegnern, die den politischen Massenmarkt ebenfalls für sich entdeckt hatten und die populär-konservative Volksbewegung gegen die Verfassung mobilisierten. Zu guter Letzt werden die „Praktiken der ‚gesetzlichen Revolution‘“ verfolgt, wobei der Autor sich auf die Presse und Publizistik als „übergeordnete Kommunikationsinstanzen“, auf Petitionen als „papierne(n) Protest“ und auf Volksversammlungen, die den Charakter von „Ersatz- und Gegenparlamente(n)“ annehmen konnten, konzentriert (S. 33, 139, 185, 196 u. 214).

In allen drei Teilen befasst sich die Studie mit bislang gar nicht oder nur unzureichend erforschten Gesichtspunkten der Revolution, erschließt, bedingt durch den Perspektivwechsel, neue Untersuchungsfelder, bedient sich bei der Analyse des modernen theoretisch-methodischen Instrumentariums der Neuen Politikgeschichte und kommt in der Folge zu vielen interessanten Ergebnissen, die an dieser Stelle gar nicht alle vorgestellt werden können. Exemplarisch sei hier nur auf die Untersuchung der Frankfurter Zentralinstanzen verwiesen, da „die wichtigsten Impulse für den Kampf um die Reichsverfassung“ aus Frankfurt kamen und gerade die Paulskirche sich „im Frühjahr 1849 zum unumstrittenen Zentrum der Kampagne“ entwickelte (S. 32 u. 36). Für die Untersuchung stützt sich die Arbeit auf eine relativ breite Quellen- und Literaturbasis, wobei die archivalischen Bestände aus insgesamt 19 staatlichen und kirchlichen Archiven stammen, darunter aus dem Bundesarchiv in Berlin und Koblenz, dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, diversen bayerischen Staats- und Stadtarchiven und dem Landeskirchlichen Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche. Der zur Verfü-

gung stehende Quellenkorpus umfasst Regierungs- und Kabinettsakten der bayerischen Staatsregierung und Regierungspräsidien, Untersuchungsakten einzelner Landgerichte und behördliche Stimmungsberichte ebenso wie Teile von drei Politikernachlässen, mehrere Petitionen, Druckschriften und Artikel aus Tageszeitungen. Vervollständigt wird die Abhandlung durch ein Personen- und Ortsregister sowie Aufstellungen zu den politischen Vereinen und zur Adressbewegung auf Gemeindeebene im Mai 1849.

Ein abschließendes Urteil über das Buch von Klaus Seidl zu fällen, ist nicht ganz einfach und muss nach Ansicht der Rezensentin ambivalent ausfallen: Denn auf der einen Seite steht die überragende Forschungsleistung des Autors, die sich aus dem anderen Blick auf das Revolutionsende und die Reichsverfassungskampagne speist, sich durch neue Fragestellungen, eine innovative Thesenbildung, moderne Verfahrensweisen und aufschlussreiche Erkenntnisse auszeichnet und die dieses Werk für einschlägig arbeitende und mit dem aktuellen Forschungsstand vertraute Fachhistoriker und Revolutionsforscher zu einer wahren Fundgrube macht – ihnen allen kann man das Buch guten Gewissens empfehlen. Für die regionale Erforschung der Verfassungskampagne und damit für einen wichtigen Ausschnitt innerhalb der Revolutionshistoriographie stellt es einen Gewinn dar und kann in diesem Bereich durchaus zum Standardwerk werden.

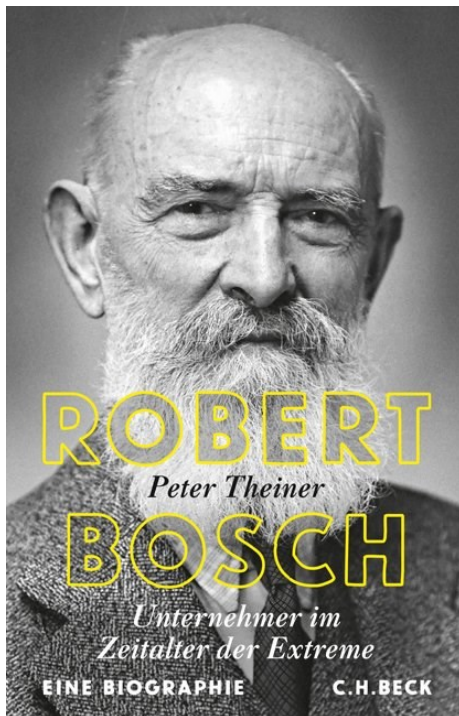
Die Studie weist jedoch andererseits einzelne Mängel auf. So kommt bei der Quellen- und Literatúrauswahl die Einbeziehung der in den Archiven vorhandenen Korrespondenzbestände und Nachlässe themenrelevanter Personenkreise wie auch die in den letzten Jahren erschienene Fachliteratur zum Vor- und Nachmärz etwas zu kurz. Das führt dazu, dass gerade im Einleitungs- und Schlusskapitel eine befriedigende Einordnung der Verfassungskampagne in die Geschichte des demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland zwischen Vormärz und Reichsgründung ebenso wie die Verschränkung mit den Lebensgeschichten der für die deutsche Verfassungspolitik wichtigen Vorkämpfer ganz einfach fehlt. Zudem befasst sich das Buch auf gerade einmal 250 Seiten Text mit diesem vielschichtigen Thema und tut dies überwiegend in einer sehr dichten und gedrängten Darstellung. Mit anderen Worten: Auf detaillierte Ausführungen, vergleichende Schilderungen oder auch erläuternde Hintergrundinformationen – sei es zu bestimmten Aspekten des Revolutionsgeschehens, zum Verlauf der Verfassungskampagne oder zur generellen Behandlung der Verfassungsfrage in anderen deutschen Staaten – muss der Leser weitgehend verzichten. Die Abhandlung setzt viel Sachkenntnis voraus und ist deshalb für Quereinsteiger, die sich bislang weder mit der Komplexität der Revolutionsgeschichte noch mit den Feinheiten des Fachdiskurses beschäftigt haben, nur bedingt geeignet. Hingegen wird, wie gesagt, der Revolutionsexperte von der Lektüre des Werks profitieren und viele Anregungen für die eigene Arbeit zur gesetzlichen Revolution und Verfassungsbewegung von 1848/49 erhalten.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017**Peter Theiner: Robert Bosch. Unternehmer im Zeitalter der Extreme. Eine Biographie.**

München: C. H. Beck, 2017, 504 S., ISBN: 978-3-406-70553-3



Der württembergische Unternehmer Robert Bosch (1861-1942) war ein ungewöhnlicher Vertreter seiner Zunft. Er gründete nicht nur ein international erfolgreiches Unternehmen. Als ausgesprochen politischer Mensch suchte er ganz anders als seine Kollegen die Nähe zur Sozialdemokratie. Später gehörte er zum Umfeld des Naumann-Kreises, der einen sozialen Liberalismus vertrat und zugleich Sozialismus mit Nationalismus verbinden wollte. Dem Nationalsozialismus stand er ablehnend gegenüber, zudem förderten er und sein Unternehmen Widerstandsaktivitäten.

Dennoch suchte man lange Zeit weitgehend vergeblich nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu Robert Bosch und seinem Unternehmen, so dass die wichtigste Lebensbeschreibung nach wie vor aus der Feder von Theodor Heuss stammt, der 1946 eine sehr wohlwollende Biographie über Bosch veröffentlichte.¹ Beide kannten sich seit den Jahren des Ersten Weltkrieges und standen in engem persönlichen Kontakt. Für die Bosch-Forschung von nachhaltiger Bedeutung war dann die 1999 von Joachim Scholtyseck vorgelegte Arbeit

über Bosch und den liberalen Widerstand gegen Hitler.² Obwohl Scholtyseck die Person Robert Boschs in den Vordergrund stellte, nahm er im gleichen Maße die Unternehmensleitung in den Blick, die – der Zustimmung Boschs gewiss – ganz konkrete Schritte zur Unterstützung des Widerstands rund um Carl Goerdeler unternahm und sich zugleich zugunsten Verfolgter einsetzte. Seit wenigen Jahren liegt darüber hinaus eine allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Gesamtdarstellung der Geschichte des Unternehmens Bosch vor.³ Die beiden Autoren Johannes Bähr und Paul Erker erhielten für ihre Studie den freien Zugang zum Unternehmensarchiv. In ihrem Fazit unterstreichen sie den Einfluss Robert Boschs auf das Unternehmen auch über seinen Tod hinaus. Er habe seine nachhaltigste Wirkung nicht mit seinen geschäftlichen Erfolgen erzielt, sondern „indem er glaubwürdig für Prinzipien und Werte eintrat, die er in der Kultur des Unternehmens verankerte und an denen sich auch die Geschäftspolitik auszurichten hatte“.⁴

Diese drei maßgeblichen Veröffentlichungen über Robert Bosch und sein Unternehmen verdienen an dieser Stelle schon deshalb eine ausführliche Vorstellung, weil Peter Theiner in seiner nun vorgelegten großen Biographie über Robert Bosch diese ganz explizit als Vorläufer erwähnt. Während Theiner sich in seinen Ausführungen zu Boschs Wirken im Dritten Reich bzw. in der Beschreibung des unternehmerischen Handelns – wie auch die Belege ausweisen – stark an die Studien von Scholtyseck und Bähr/Erker anlehnt, stellt er seine Bosch-Biographie ausdrücklich in die Tradition von Theodor Heuss: Während Heuss mit sei-

¹ Theodor Heuss: Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart 1946.

² Joachim Scholtyseck: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999.

³ Johannes Bähr/Paul Erker: Bosch. Geschichte eines Weltunternehmens, München 2013.

⁴ Ebd., S. 549.

nem Buch einen Zeitgenossen porträtieren wollte, der „für Traditionen, Wertorientierungen und Entscheidungen“ stand, an die das Land nach den Nationalsozialisten anknüpfen könne, möchte Theiner Bosch als „Unternehmer und Philanthropen in seinen wirtschaftlichen, politisch-gesellschaftlichen und kulturellen Handlungsfeldern“ beschreiben (S. 10).

Theiner, bis 2016 Direktor des Bereichs „Geschichte der Philanthropie“ der Robert Bosch-Stiftung, hat denn auch eine Biographie vorgelegt, in der vor allem die politisch-gesellschaftlichen Fragen dominieren und deren Hintergründe manchmal auch etwas zu ausführlich dargelegt werden. Der politische Zugang spiegelt sich auch in der Struktur des Werks wider, gliedern sich doch die vier Abschnitte allesamt nach den politischen Zäsuren (1861-1914, 1914-1918, 1918-1933, 1933-1942). Der eher an unternehmerischen Fragestellungen interessierte Leser wird hingegen manches vermissen und bleibt daher auf das Buch von Bähr und Erker angewiesen.

Boschs früher Werdegang unterschied sich in mancherlei Hinsicht von denen anderer Unternehmensgründer seiner Zeit. Als ausgebildeter Mechaniker lernte er den Industriebetrieb zunächst aus der Perspektive des Arbeiters kennen, der sich in verschiedenen Betrieben verdingte, bevor er für zwei Jahre in die USA ging, wo er ebenfalls als Mechaniker arbeitete. Hier machte er die durchaus einschneidende Erfahrung einer krisenbedingten Entlassung, die ihn dazu veranlasste, sich der „Noble and Holy Order of the Knights of Labor“, einer gewerkschaftsähnlichen Organisation anzuschließen. Ihr Ziel war es, die „Kluft zwischen dem System der Lohnarbeit als Grundtatsache kapitalistischer Industriegesellschaften und den republikanischen Idealen einer Gesellschaft freier Bürger andererseits zu überbrücken“ (S. 32). Wie Theiner hervorhebt, erinnert dies durchaus an Überlegungen des frühen süddeutschen Liberalismus, der sowohl bürgerliche Freiheiten erkämpfen als auch Klassengegensätze abmildern wollte.

Bosch blieb diesen Grundsätzen treu, als er längst ein wohlhabender Unternehmer war. 1886 hatte er sich mit einem aus dem Nachlass seines Vaters ermöglichten Stammkapitals von nicht unbeträchtlichen 10.000 Mark mit einer „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik“ selbständig gemacht. Es handelte sich um einen klassischen handwerklichen Betrieb, in dem er noch einen weiteren Mechaniker und einen Laufburschen beschäftigte. Anders als beispielsweise Werner von Siemens produzierte er in seiner Werkstatt keine eigenen Erfindungen, zunächst erinnerte er mehr an Johann Georg Halske, der die Fabrikation von Siemens' Zeigertelegraphen umsetzte: Bosch übernahm fremde Patente und stellte beispielsweise Apparate für Benzinmotoren her. Zunächst war dem Geschäft wenig Erfolg beschieden und Bosch selbst sprach von einem „Gewürge“ (S. 41). In dieser Situation halfen ihm zwei Faktoren, die auch heute bei Unternehmensgründungen oft von Bedeutung sind: Zunächst der familiäre Rückhalt über die Bereitstellung des Stammkapitals hinaus durch die Gewährung von Krediten und Bürgschaften. Dann aber ermöglichte ihm der kommunale Auftrag zur Mitarbeit an der Einrichtung einer elektrischen Beleuchtung in Stuttgart den Durchbruch. Gerade in der jungen Elektroindustrie waren staatliche Aufträge von ganz entscheidender Bedeutung, um junge Unternehmen lebensfähig zu machen. Dies gilt für Siemens, dies gilt für die AEG und dies gilt auch – wenn auch nicht im gleichen Maße – für Bosch.

Während die unternehmerische Entwicklung bei Theiner eher deskriptiv daherkommt, widmet er sich ausgiebig dem politisch-gesellschaftlichen Engagement Boschs, das sich zunächst mehr an den Sozialdemokraten orientierte. Noch im März 1919 bezeichnete er sich als „Sozialisten“ (S. 177), gedanklich stand er dem Revisionismus von Eduard Bernstein nahe und die Werksbücherei seines Unternehmens enthielt auch später viele revisionistische Schriften. Mit dem sozialistischen Theoretiker Karl Kautsky wohnte Bosch in den 1890er Jahren sogar in einem Haus und pflegte mit ihm ausgiebige Gespräche. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg freundete sich Bosch ebenso mit dem charismatischen Friedrich Naumann an, der auf viele Menschen eine magische Anziehungskraft entfaltete. Man merkt den Ausführungen zu Boschs Verhältnis zum Naumannkreis an, dass Theiner sich früher ausgiebig mit ihm be-

schäftigt hat.⁵ Gelegentlich geht der Fokus auf Robert Bosch etwas verloren, dennoch wird deutlich, wie prägend Naumann für den Unternehmer wurde. Die innen- und sozialpolitischen Überzeugungen der Beiden deckten sich weitgehend, lediglich auf dem Gebiet der Außenpolitik behielt Bosch seine Skepsis gegenüber allzu hochtrabenden imperialen Pläne bei, wie sie auch bei Naumann zu finden waren. Hier bewahrte den Unternehmer wohl die enorme Exportorientierung seiner Firma davor, konfrontative Ansätze in der Außenpolitik zu verfolgen. Allerdings unterstützte er während des Ersten Weltkriegs die Mitteleuropapläne Friedrich Naumanns, die zwar eine deutsche Dominanz in Mitteleuropa vorsahen, aber im Gegensatz zu den Plänen der Alldeutschen und der Obersten Heeresleitung auf umfangreiche Annexionsvorhaben verzichteten.

Bosch ließ sich nie vollkommen von einer politischen Bewegung vereinnahmen, Parteitage besuchte er nur selten, politische Ämter lehnte er ab. Dabei leitete ihn nicht nur das Wohl des Unternehmens und seiner Mitarbeiter, sondern auch die Einsicht in die eigenen Fähigkeiten und Schwächen. Die in der Kaiserzeit ausgeprägte politische Haltung zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus behielt er zeitlebens bei, und sie boten auch Orientierung für sein von Theiner ausführlich geschildertes gesellschaftliches Engagement, das Schwerpunkte in der Wissenschaftsförderung oder im Gesundheitswesen hatte. Nicht zuletzt finanzierte er über 1933 hinaus Zeitschriften und Zeitungen mit sozialdemokratischem oder liberalem Profil. Dabei nahm er jedoch anders als beispielsweise der nationalkonservative Alfred Hugenberg keinen unmittelbaren Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung. Für ihn war ganz typisch, dass er andere machen und ihr Potential entfalten ließ. Er war ein Mann, der Möglichkeiten schuf. Charakteristisch war deshalb auch sein Verhalten im Nationalsozialismus, den er von Beginn an ablehnte, auch wenn er ihn zunächst in seiner Überlebensfähigkeit unterschätzt hatte. Das Unternehmen, dessen Führung er bereits abgegeben hatte, das aber weiterhin in seinem Sinne geführt wurde, beschäftigte Carl Goerdeler als Berater. Ganz offenkundig eine Scheinanstellung, die es Goerdeler ermöglichen sollte, unauffällig ins Ausland zu reisen. Der „Bosch-Kreis“ – unter dieser Bezeichnung werden die widerständigen Aktivitäten an der Spitze des Unternehmens in der Forschung zusammengefasst – schuf hier Möglichkeiten zur Konspiration und wirkte damit auch an der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 mit. Zugleich bot das Unternehmen immer wieder verfolgten Menschen Schutz und Arbeit.

Peter Theiner ist eine über weite Strecken spannende und anregende politische Biographie des Unternehmers Robert Bosch gelungen. Ihre Stärken hat sie in der gesellschaftlichen Verortung des Protagonisten, während der unternehmerische Bereich ein wenig vernachlässigt wird. Das Porträt verlässt bei aller nicht zu übersehender Grundsympathie für den Untersuchungsgegenstand nie den Boden der Wissenschaftlichkeit, so dass dem Buch eine freundliche Aufnahme nur zu wünschen ist.

Bonn

Patrick Bormann

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

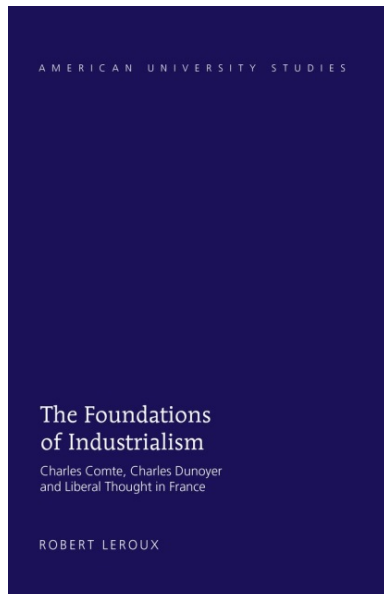
 recensio.net

⁵ Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik, Baden-Baden 1982.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Robert Leroux: The Foundations of Industrialism. Charle Comte, Charles Dunoyer and Liberal Thought in France.

New York: Peter Lang, 2016 (= American University Studies, Series X, Vol.72), 141 S., ISBN: 978-1-4331-3416-6



Frankreich ist seit den Zeiten Ludwigs XIV. und Colberts das Land des Etatismus. Liberale mit marktwirtschaftlichen Prinzipien haben es dort schwer. So lautet zumindest das Klischee. Keine gute Aussicht für diejenigen, die heutzutage der sklerotisierten Wirtschaft des Landes ein modernes marktwirtschaftliches Reformpaket verordnen wollen.

Aber ganz so ist es denn doch nicht. Frankreich verfügt über eine manchmal verdrängte, aber dann doch immer wieder recht sichtbar auftauchende Tradition liberalen Wirtschaftsdenkens. In seinem Buch „The Foundations of Industrialism“ beschäftigt sich der kanadische Soziologe Robert Leroux mit einer besonderen Strömung des französischen Wirtschaftsliberalismus, dem „Industrialismus“ und zwei seiner Vertreter, Charles Comte und Charles Dunoyer. Leroux hat sich schon durch etliche Publikationen zu von der Forschung vernachlässigten Aspekten der Geistesgeschichte des französischen Liberalismus hervorgetan.

Die Philosophie des „Industrialismus“ wird, wenn sie überhaupt noch rezipiert wird, heute mit dem französischen Frühsozialisten Henri de Saint Simon verbunden. Der glaubte bereits an die Globalisierung durch fortschreitende Industrialisierung, und dass auf Dauer das ausbeuterische politische System durch diese Entwicklung zugunsten der produktiven Schichten gesprengt werde. Obwohl zu den produktiven Schichten für ihn – im Gegensatz zu Marx - auch Unternehmer gehörten, zählte sich Saint-Simon aber nicht zu den Liberalen.

Es ist bezeichnend für den weiteren Verlauf der Ideengeschichte, dass die milde sozialistische Interpretation des „Industrialismus“ sich irgendwie langfristig eher behaupten konnte als die liberale. Dabei war sie zur damaligen Zeit mehr ein Randphänomen. Denker wie Comte und Dunoyer repräsentierten in ihrer Zeit eine liberale Strömung, die in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen gewesen sei, stellt Leroux fest. Die liberalen Vertreter des „Industrialismus“ hätten wesentlich dazu beigetragen, marktwirtschaftliche Ideen zu popularisieren und zu radikalisieren. Der wohl bekannteste liberale Wirtschaftsdenker Frankreichs im 19. Jahrhundert, Frédéric Bastiat, wurde durch sie in hohem Maße inspiriert.

Was ist der Kern des „Industrialismus“? Beide Autoren gingen davon aus, dass der Industrialisierungsprozess, der gerade in Europa einsetzte, nicht nur ein Resultat von Freiheit war, sondern auch eine Entwicklung hin zu mehr Freiheit und Aufklärung in Gang setzte. Leroux zeigt auf, wie sich die Ideen Comtes und Dunoyers aus einer bereits bestehenden Liberalismustradition in Frankreich entwickelten, die sich auf aufklärerische Wurzeln zurückverfolgen ließ. Joseph Droz, Jean-Baptiste Say oder Benjamin Constant trugen jeder auf ihre Weise dazu bei, dem Wirtschaftsliberalismus eine fortschrittsoptimistische Fundierung zu geben, die gleichermaßen die Bereiche Moral- und Geschichtsphilosophie umfassten.

Für Comte und Dunoyer war ein System des ökonomischen Laissez Faire und des Wettbewerbs nicht nur der Motor wirtschaftlichen Fortschritts, sondern auch eine Frage der stets zunehmenden Gerechtigkeit in einer Gesellschaft. Laissez Faire, das war die Beseitigung von Privilegien und das Ende der Ausbeutung der produktiven Schichten des Volkes.

Beide Autoren wurden politisch „sozialisiert“ in der Endphase des napoleonischen Regimes, das sie wegen seiner autoritären Züge heftig kritisierten. Fast nahtlos knüpfte daran die Kritik an den Zuständen unter dem darauf folgenden Restaurationsregime der Bourbonen. 1814 gründeten beide zusammen die Zeitschrift „Censeur“ (ab 1817 „Censeur européen“). Die Zeitschrift wurde 1819 verboten, Dunoyer vor Gericht gestellt, und Comte floh erst in die Schweiz, dann nach England, wo er sich dem Kreis um den liberalen Philosophen Jeremy Bentham anschloss. 1826 veröffentlichte er sein Hauptwerk „Traité de législation“.

Beide produzierten nun separat Werke. Mit der Julirevolution 1830 wurden ihre publizistischen Spielräume auch wieder größer. Comte brachte es 1831 sogar zum Deputierten. Er starb 1837.

Dunoyers Hauptwerke waren „L'Industrie et la morale considérées dans leurs rapports avec la liberté“ von 1825 und die „Nouveau Traité d'économie sociale“ von 1830. Im Gegensatz zu Comte wurde er auch noch zum Beobachter der weiteren politischen Entwicklung in seinem Heimatland. Der Radikale der Restaurationszeit stand der 1848er Revolution recht skeptisch gegenüber. Er befürwortete ein politisches System wie das von Großbritannien, wo aristokratische und monarchische Elemente der Verfassung die Demokratie noch begrenzten. Den Demokratieoptimismus der neueren Liberalen (etwa Bastiat) teilte er nicht. Demokratie, so befürchtete er, könnte ebenso zur Herrschaft der Unproduktiven über die Produktiven führen wie die absolute Monarchie. Dass der Sozialismus als politische Bewegung während der Revolution an Fahrt gewann, bestätigte in seinen Augen solche Befürchtungen. Als 1851 der Putsch Napoleons III. erfolgte, sah er sich in einen Zweifrontenkampf zwischen Sozialismus und Autoritarismus verwickelt. Er, der Inspirator vieler liberaler Optimisten, wurde zunehmend pessimistischer. Dunoyer starb 1862.

Nach den Lebensskizzen widmet sich Leroux einzelnen Aspekten des Werkes der Autoren, wobei hier vor allem das Buch „L'Industrie et la morale considérées“ von Dunoyers, dem literarisch wesentlich produktiveren der beiden, ausführlich behandelt wird.

Dabei werden zahlreiche Themen angeschnitten. Da ist zum Beispiel die Auseinandersetzung mit Rousseau (dessen Großneffe – fast schon ironischerweise – Dunoyer war). Dessen Fortschrittskritik stand naturgemäß im Gegensatz zu den Doktrinen des „Industrialismus“. Dass Fortschritts-, Wohlstands- und Wissensverweigerung zu einem erfüllteren Leben führen solle, war eine Idee, für die Comte und Dunoyer mit einigem Grund als nur noch absurd zu bezeichnen war.

Ein wichtiges Kapitel ist auch der Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage gewidmet, hier „Pauperismus“ genannt. Insbesondere Dunoyer verteidigt hier das Prinzip gouvernementaler Zurückhaltung. Staatliche Hilfe würde nur Anreize zur Mehrung unproduktiven Verhaltens setzen und somit auch zur Mehrung von Armut. Nur der Wille zur Selbstbildung und zum Fleiß könne einen Aufstieg und ein Entrinnen aus der Armut bewirken. Das wirtschaftliche Laissez Faire erhöhe den Druck auf den Einzelnen, genau dies zu tun. Dass dabei der Wettbewerb als „Entdeckungsprozess“, wie Hayek es genannt hätte (ein Konzept, das aber de facto schon bei Dunoyer zu finden ist) fungiert, zeigt sich auch bei Dunoyers Ablehnung staatlich geförderter Bildung. Das mag erstaunlich sein für jemanden, der Bildung in den Mittelpunkt seiner Entwicklungstheorie stellt, folgt aber am Ende einer eigenen Logik. Welches Wissen für den Einzelnen nutzbringend sei, könne nicht der Staat, sondern nur er selbst wissen. Wie viele Wirtschaftsliberale der Zeit hält er zum Beispiel das Erlernen des Lateinischen für weitgehend nutzlos.

Im Schlusskapitel resümiert Leroux den heute unterschätzten Einfluss Comtes und Dunoyers auf zeitgenössische Denker wie John Stuart Mill und auf die nächste Generation von Wirtschaftsliberalen wie Michel Chevalier oder Gustave Molinari.

Alles in Allem: Leroux's sorgfältig recherchiertes und gut lesbares Buch füllt eine Lücke in der Forschung zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert, die es schon lange zu füllen galt.

Prag

Detmar Doering

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

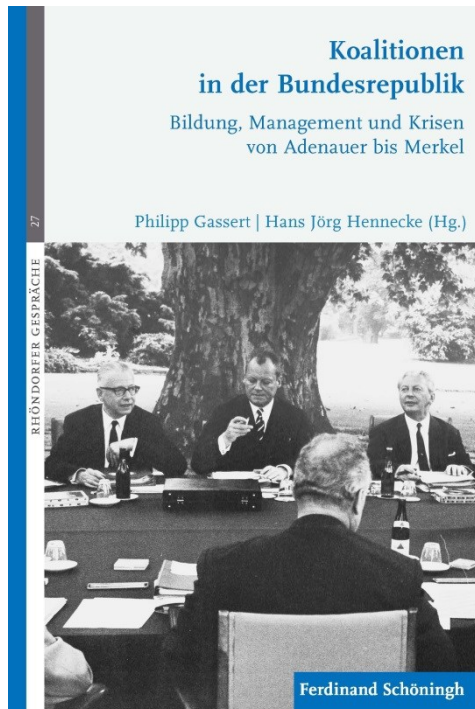
in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Philipp Gassert/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel.

Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2017 (= Rhöndorfer Gespräche, Band 27), 337 S., ISBN: 978-3-506-78524-4



Alle Bundesregierungen seit 1949 sind Koalitionsregierungen, das gilt sogar für die Legislaturperiode ab 1957, als die CDU/CSU über eine absolute Mehrheit im Bundestag verfügte und dennoch mit der Deutschen Partei koalierte. Insofern ist der diachrone Vergleich von Koalitionsbildung und –management sicherlich ein zentraler Aspekt der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte, aber auch der Liberalismus-Forschung, da die FDP an 17 der insgesamt 23 Koalitionsregierungen und damit mehr als jede andere Partei beteiligt war.¹ Dieser Band, der auf ein Rhöndorfer Gespräch von 2014 zurückgeht und erweitert wurde, um alle Kanzler zu erfassen, stößt also in eine Lücke, die er allerdings – das sei vorausgeschickt – natürlicherweise nicht schließen kann.

Das liegt nicht an den beiden Herausgebern, die jeweils eine kluge Einführung – Ph. Gassert: „Bildung und Management von Koalitionen. Die Bundesrepublik Deutschland in historischer Perspektive“ – respektive Zusammenfassung am Schluss – H. J. Hennecke: „Regieren in Koalitionen seit 1949. Bilanz und Per-

spektiven“ – beisteuern, wobei bei Hennecke die Tendenz schon fast zur Politikberatung geht. Aber bereits ein Blick in das Inhaltsverzeichnis legt nahe, dass der Band doch einiges an Unwucht hat. Denn der längste Beitrag mit 47 Seiten gilt der kürzesten Regierungskonstellation (St. Marx: „Bildung und Management der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger 1966-1969“), während die mehr als drei Mal solange Kanzlerschaft Helmut Kohl von E. Lommatzsch („Betrachtungen zu den Koalitionen in der Kanzlerschaft Helmut Kohls 1982-1998“) auf weniger als zwanzig Seiten abgehandelt wird.

Dies ist nicht nur durch die unterschiedliche Quellenlage bedingt, die natürlich für die Frühzeit der Bundesrepublik viel breiter ist, so dass sich die Autoren für die Zeit ab 1969 vor allem publizistischer Quellen und der Memoirenliteratur bedienen (müssen). Auch die Beiträge über den Kanzler Gerhard Schröder (H. J. Hennecke: „Koalitionsmanagement der Regierung Schröder 1998-2005“) und die Kanzlerin Angela Merkel (M. Glaab: „Politische Führung und Koalitionsmanagement Angela Merkels – eine Zwischenbilanz zu den Regierungen Merkel I, II und III“) fallen mit jeweils rund vierzig Seiten und mehr überdurchschnittlich aus.

Bei der Lektüre stellt sich heraus, dass die Autoren ihre Darstellung sehr unterschiedlich angehen: So ist der Beitrag von Mitherausgeber Hennecke zu Gerhard Schröder in hohem Maße eine Nachzeichnung rot-grüner Politik und Krisen, die sich durch eine sehr kritische Beurteilung des Koalitionsmanagements auszeichnet und vor allem auf die „Krisenanfällig-

¹ Zum Vergleich die anderen, heute im Bundestag vertretenen Parteien: CDU/CSU 16 Mal, SPD 10 und Bündnis 90/Die Grünen zwei Mal.

keit“ als „ein besonderes Merkmal der Regierung Schröder“ (S. 205) abhebt. Dagegen zeichnet E. Lommatzsch von der ersten Großen Koalition ein in jeder Hinsicht positives Bild und nennt sie „die erfolgreichste Regierung Westdeutschlands“ (S. 131), was zumindest bei den Zeitgenossen wenig Widerhall gefunden hat und auch Lommatzschs eigenen Befunden zum legendären „Kreßbronner Kreis“ widerspricht, der sicherlich zukunftsweisend in Sachen Koalitionspolitik war, aber eigentlich nur im Jahr 1968 wirklich funktionierte (vgl. S. 146 u. 152).

Sehr ausgewogen ist der Beitrag von H. Löttel („Adenauer und die FDP. Bildung, Management und Krisen bürgerlichen Koalitionen 1949-1963“), der auf der voluminösen Edition des Autors zum Themenfeld aufbauen kann. Diesem Beitrag kommt insofern eine Schlüsselfunktion zu, als ein zentrales Leitmotiv der ursprünglichen Tagung – nicht ganz überraschend – gewesen ist, inwiefern die Adenauerzeit „stilbildend“ für die Koalitionspolitik wurde (vgl. S. 7, 11, 314ff.). Löttel gibt darauf eine differenzierte Antwort, indem er einerseits die „kanzlerdemokratischen“ Züge des Adenauerschen Regiments herausarbeitet, zugleich aber auf den Übergang zur „Parteiendemokratie“ in der Schlussphase von dessen Amtszeit hinweist. Für die von ihm konstatierte „Krisenanfälligkeit bürgerlicher Koalitionen“ in dieser Zeit (S. 81) macht er aber keineswegs allein die kleineren Koalitionspartner verantwortlich.

Ähnliches gilt für T. Geigers Beitrag über Ludwig Erhard („Koalitionsverhandlungen und Koalitionsmanagement in der Kanzlerschaft Ludwig Erhards 1963-1966“), wo die mangelnden Führungseigenschaften des Regierungschefs im Mittelpunkt stehen, aber auch der gesamten CDU/CSU-Führungsspitze kein gutes Zeugnis ausgestellt wird. Vergleichsweise gut in den Griff bekommt auch M. Glaab das nicht nur wegen des fehlenden zeitlichen Abstands widerborstige Thema der Koalitionspolitik von Angela Merkel, die nämlich auch als bisher einzige Regierungschefin ihre Koalitionspartner „lagerübergreifend“ wechselte (vgl. S. 252). Nicht nur durch interessante statistische Zusammenstellungen werden hier kluge Einblicke und Erkenntnisse geboten, bei denen auffällt, dass Merkel mit der FDP als Koalitionspartner anders, eher an Adenauer angelehnt, umgegangen ist als mit der SPD (S. 268). Das schlechte Koalitionsklima lag aber, daran lässt die Autorin keinen Zweifel, keineswegs nur an der Regierungsspitze (vgl. etwa S. 260).

Überraschend ist, dass die beiden Abschnitte, die koalitionspolitisch am stabilsten waren – die sozial-liberale Ära 1969 bis 1982 und die folgende Kanzlerschaft Kohl 1982 bis 1998 –, am wenigsten tief aufgearbeitet werden. Bei M. Woyke („Management und Krisen der sozial-liberalen Koalition 1969-1982“) liegt dies zum einen daran, dass er als einziger zwei Kanzler ins Visier nimmt, die trotz gemeinsamer parteipolitischer Herkunft gerade in Sachen Führungsstil sehr unterschiedlich waren (S. 164). Diese „Zusammenschau“ widerspricht doch ziemlich der an anderen Stellen konstatierten Bedeutung, die dem Kanzler und seiner persönlichen Autorität für den Erfolg und Misserfolg von Koalitionen zukommen (vgl. vor allem S. 325). Obendrein geht Woyke sein Thema entsprechend seiner wissenschaftlichen Verortung vor allem aus sozialdemokratischer Perspektive an, was dann nicht nur einige Fehler in Sachen FDP-Geschichte² zur Folge hat, sondern auch die Einschätzung der Koalition als „Zweckbündnis auf Zeit“ (S. 180/184). Dem steht aber die zeitweilige, nicht nur von Werner Maihofer geteilte Auffassung eines „historischen Bündnisses“ zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum entgegen.

Der Beitrag von E. Lommatzsch zur Ära Kohl ist schon von seiner Überschrift („Betrachtungen“) als in seinen Ambitionen begrenzt angelegt, obwohl er einige der Ursachen für deren Stabilität – Alternativlosigkeit der Konstellation, Kohls Interesse an einem kleineren Koaliti-

² So war zwar Werner Maihofer, aber weder Walter Scheel noch Karl-Hermann Flach an der Formulierung der „Freiburger Thesen“ beteiligt (S. 166), die beiden letzteren haben als Parteivorsitzender und Generalsekretär die Buchhandelsausgabe mitgetragen. Und die „Freiburger Thesen“ von 1971 waren auch nicht die „Voraussetzung“ für die Bildung der sozial-liberalen Koalition zwei Jahre zuvor (S. 168), sondern eher deren programmatischer Nachvollzug.

onspartner zur Disziplinierung der eigenen Reihen, Flexibilität bei den koalitionären Clearing-Stellen – gut herausarbeitet. Die Hochachtung, die beispielsweise der Zeitgenosse Klaus Kinkel in einem ebenfalls abgedruckten Zeitzeugen-Gespräch klar zum Ausdruck bringt (S. 295/300) – wird nachvollziehbar, aber hier gibt es sicherlich, auch in Betracht auf die Kommentare beim Tod des früheren Kanzlers vor kurzem, noch erheblichen Forschungsbedarf.

Deshalb sollte man den Wert, den der Band zweifellos hat, weniger in der abschließenden Klärung der zugrunde liegenden Thematik, als vielmehr in seinem hinführenden und zu weiteren Untersuchungen anregenden Charakter sehen, wozu auch spieltheoretische Ansätze – wie hier von C. Giersch („Strategie und Psychologie: Koalitionsverhandlungen aus spieltheoretischer Sicht“) dargeboten - gehören: Gerade in Bezug auf die „Koalitions-Geschichte“ liegt die Bedeutung der Liberalismus-Forschung für die allgemeine Zeitgeschichte auf der Hand.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Klaus Ries (Hrsg.): Europa im Vormärz. Eine transnationale Spurensuche.

Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2016 (= Schriften der Siebenpfeiffer-Stiftung, Band 10), 203 S., ISBN: 978-3-7995-4910-3



Den Europaideen und Europavorstellungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts möchte der von dem Jenaer Historiker Klaus Ries herausgegebene Band nachgehen. Er dokumentiert ein wissenschaftliches Kolloquium der Siebenpfeiffer-Stiftung, das im Oktober 2014 im saarländischen Homburg stattfand. Elf Beiträge schließen dabei an das 1964 von Heinz Gollwitzer publizierte Buch über das Europabild im 18. und 19. Jahrhundert an. Vor mehr als fünfzig Jahren wollte der Münsteraner Professor den Bürgern einer gespaltenen Nation Orientierung und Unterstützung bieten, sicher auch der noch jungen europäischen Gemeinschaft wissenschaftliche Schützenhilfe leisten, indem er sie historisch zu legitimieren suchte. Heute beruft sich der Herausgeber in seinem Klappentext auf den europäischen Einigungsprozess, die „Wertegemeinschaft“ und die gemeinsame politische Kultur. Solche Aktualisierungen sind vermutlich unvermeidlich, wenn man öffentliche und private Geldgeber mobilisieren möchte, von denen einige – wie die Paneuropa-Union oder die

Staatskanzlei des Saarlandes – sicher nicht eine allzu spezialistisch anmutende Tagung und ein daraus hervorgehendes Buch gefördert hätten.

Zu fragen ist nach dem Ertrag eines solchen Vorhabens – und zwar vor allem nach den wissenschaftlichen Ergebnissen. Am Beginn trägt der Herausgeber Klaus Ries seine generelle These vor, dass die „Geburtsstunde des modernen Europaverständnisses“ (Klappentext) im Vormärz gelegen habe. Er spricht von einer „entscheidenden Wegmarke“ und von einer „ersten wichtigen Beschleunigungs- und Verdichtungsphase europäischen Zusammenwirkens“ (S. 9). Die breit angelegte Einführung geht auf eine Spurensuche in den einzelnen europäischen Staaten und betont dabei insbesondere den Einschnitt des Revolutionsjahres 1830, das europaweite Bedeutung gehabt habe. Mit diesem Jahr habe die europäische Blockbildung zwischen liberal-demokratischem Westen und konservativ-restaurativem Osten begonnen, seitdem sei die moderne Verquickung von Innen- und Außenpolitik kennzeichnend geworden. Es habe ein „Konstitutionalisierungs- und Parlamentarisierungsschub“ (S. 16) eingesetzt, moderne Parteien hätten sich gebildet, indem sich u.a. Liberalismus und Demokratismus getrennt hätten. Darüber hinaus konstatiert Ries den „Beginn einer Kommunikationsverdichtung“ (S. 25), denn nun sei das Prinzip der Öffentlichkeit zum Durchbruch gekommen. Politische Migration und staatliche Überwachung hätten einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, und Europavorstellungen eine „Dynamisierung und transnationale Verflechtung“ erfahren (S. 35). Zu guter Letzt hätten Industrialisierung und soziale Frage als neue Phänomene die Epoche entscheidend geprägt. Man müsse angesichts des von Reinhart Koselleck für den Vormärz festgestellten Erfahrungsmodus der Irreversibilität von einem fundamentalen Mentalitätswandel und damit einem Durchbruch zur Moderne ausgehen. Ries stützt seine grundlegende These mit vielen einzelnen Beispielen aus den wichtigsten europäischen Ländern. Ihm ist in vielen Punkten beizupflichten. Zwei Hinweise seien indes erlaubt: Zum einen

müsste der Begriff „Vormärz“, der sich auf den Ausbruch der deutschen Revolution im März 1848 bezieht, in seiner europäischen Anwendbarkeit kritisch hinterfragt werden (zumal die Revolution in Paris bekanntlich bereits im Februar begann). Zum anderen wäre es wünschenswert gewesen, auch die Ergebnisse des 2012 erschienenen zweiten Bandes des „Handbuchs der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert“ (hrsg. von Werner Daum) mit einzubeziehen.

Die weiteren zehn Aufsätze des Bandes beschäftigen sich mit spezielleren Fragestellungen und Sichtweisen auf das Generalthema. Georg Schmidt befasst sich mit Europautopien um 1800 und kommt zu dem Schluss, dass „der Kosmopolitismus der Deutschen eigentlich ein nationaler Universalismus und damit doch ein verkappter Nationalismus“ gewesen sei (S. 59). Mit Metternichs Europabild setzt sich Wolfgang Burgdorf auseinander: Der österreichische Staatskanzler habe „die Idee kollektiver Sicherheit und damit Europa operationalisiert“ (S. 85). Beiträge zum Hambacher Fest (Erich Schunk) und zur 1832 erschienenen, kurzlebigen Zeitschrift „Deutsche Tribüne“ (Armin Schlechter) dürfen in einem Tagungsband der Siebenpfeiffer-Stiftung natürlich nicht fehlen. Hans-Werner Hahn stellt fest, dass die neuen Wirtschaftsformen in den zeitgenössischen Diskursen präsent gewesen seien, die Wirtschaft zwar noch nicht als Motor der Einigung, aber als Verstärker von Verbindungen diene.

Gleichfalls wenig erstaunlich ist, dass in einem Band über Europaideen im frühen 19. Jahrhundert auch das „Junge Europa“ Giuseppe Mazzinis (Gabriele Clemens) und die transnationale Literatengruppe des „Jungen Deutschland“ (Norbert Otto Eke) behandelt werden. Beide Beiträge betonen den innovativen Charakter der jeweiligen Gruppierungen und Ansichten. Den Vorstellungen von Mächtebeziehungen und der Rolle der deutschen Nation in der Revolution 1848/49 geht Dieter Hein nach. Vom Wiener System des Jahres 1815 habe man sich verabschiedet, ohne dass man vorerst eine neue Leitidee einer künftigen Ordnung entwickelt habe.

Mit kritischem Blick würdigt Manfred Hettling abschließend die Tagungsergebnisse und warnt davor, „die europäische Integrationstendenz retrospektiv auf frühere Zeiten zu projizieren“ (S. 176). Er betont die insgesamt „begrenzte Wirksamkeit des Europäischen in 1848“ (S. 190). Trotz dieses berechtigten Einwands kann man den Gesamtertrag des Bandes positiv werten, denn er gibt einen guten Überblick. Der Anspruch ist weniger eine punktuelle Vertiefung der Forschung, als vielmehr ein thesengeleiteter Aufriss der Europaideen im Vormärz. Die Anlage des Bandes als „Spurensuche“ lässt sich als gelungen bezeichnen.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Gerhard Deter: Zwischen Gilde und Gewerbefreiheit. Band 1: Rechtsgeschichte des selbständigen Handwerks im Westfalen des 19. Jahrhunderts (1810–1869).

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2015 (= Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – Beihefte, Band 230,I), 393 S., ISBN: 978-3-515-10850-8



Gerhard Deter legt mit dem ersten Band seiner Geschichte des westfälischen Handwerks im 19. Jahrhundert eine rechtshistorische Studie vor, die durch umfassende Kenntnis der Quellen, scharfe Analyse der untersuchten juristischen und institutionellen Zusammenhänge sowie durch eine kluge Präsentation der Befunde besticht. Die Arbeit befasst sich, im Unterschied zum zweiten Band des Werkes, mit der rechtlichen Lage selbständig arbeitender Handwerksmeister in der Zeit zwischen der Aufhebung der Zünfte in den meisten Territorien der Landschaft Westfalen in den Jahren 1808 beziehungsweise 1810 und der Einführung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes 1869.

Deter positioniert seine Forschung in erster Linie auf dem Feld der Rechtsgeschichte und darauf folgend im Bereich der Handwerksgeschichte als Geschichte des selbständigen Kleingewerbes. Quellenbasis und Fragestellung sind zudem klar so konzipiert, dass der Band als

regionale Fallstudie zu lesen ist, die nicht systematisch über die Grenzen Westfalens hinausgreift.

Der Autor spricht sich für intensivere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Rechtswissenschaften und den Geschichtswissenschaften – insbesondere der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte – aus. Er richtet an die Rechtswissenschaften das Plädoyer, die Rechtsgeschichte und deren allgemeinhistorischen Kontext als integralen Teil ihrer Forschungen zu betrachten. Gleichzeitig wird die Vernachlässigung spezifisch rechtsgeschichtlicher Perspektiven insbesondere in der Forschung zur Wirtschafts- und Handwerksgeschichte moniert. Den Beitrag seiner Studie zu diesen Bereichen der historischen Forschung zum 19. Jahrhundert sieht Deter dementsprechend darin, sie juristisch und rechtshistorisch zu fundieren und diejenigen ihrer Thesen zu korrigieren, die er für das Ergebnis einer verfehlten strukturgeschichtlichen Engführung hält. Er sieht insbesondere die Property-Rights-Theorie, der zufolge die wirtschaftliche Dynamik des 19. Jahrhunderts maßgeblich dadurch ermöglicht wurde, dass individuelle Verfügungsrechte über Eigentum ausgeweitet wurden, im Zentrum einer sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung, die bisher nicht ausreichend rechtshistorisch informiert sei. Neben der kritischen Prüfung dieser These anhand der Entwicklung des Handwerks in Westfalen strebt der Autor an, eine Fallstudie vorzulegen, die den konkret untersuchten westfälischen Fall für weitere Forschungen erschließt und darüber hinaus die Richtung für Vergleichsstudien zu anderen Regionen weisen könnte. Im Rahmen der Allgemeingeschichte soll der vorliegende Band schließlich einen Beitrag zum Werden des Staates im 19. Jahrhundert leisten.

Deter stellt also in Aussicht, mit seinen Fragestellungen zur Rechts-, Regional-, Handwerks- und Gewerbegegeschichte Impulse für die Erforschungen der staatlichen Entwicklungen und

der politischen Kulturen im preußischen Staat des 19. Jahrhunderts zu geben. Die Geschichte des Liberalismus in Deutschland wird damit von Deters Studie nicht nur berührt, sondern der Liberalismus und seine Auswirkungen auf die das westfälische Handwerk betreffende Gesetzgebung und Rechtswirklichkeit nehmen eine zentrale Stelle ein. Inwiefern Deters so auch Beiträge zur Liberalismusforschung leistet, hängt somit entscheidend davon ab, wie genau die in der Einleitung angekündigte sinnvolle interdisziplinäre Einbindung der Rechtsgeschichte des westfälischen Handwerks im 19. Jahrhundert ausgestaltet wurde.

Zunächst ist festzustellen, dass die für Allgemeinhistorikerinnen und Allgemeinhistoriker herausfordernde Behauptung Deters „Der Umgang mit vergangenen Rechtsquellen setzt die spezifische Rechtserfahrung des Juristen voraus“ (S. 35) mit Blick auf die Gesamtkonzeption der Studie durchaus überzeugend wirkt. Der Arbeit gelingt eine umfassende Darstellung und systematische Analyse der Rechtsetzung und Rechtswirklichkeit, in deren Rahmen sich das selbständige Handwerk in Westfalen entwickelte. Wie dabei Quellen der preußischen Zentralregierungen mit solchen der verschiedenen Ebenen der Administration in Westfalen bis hinunter zu einzelnen Kommunen und Selbstverwaltungsorganen von Handwerk und Gewerbe zusammengeführt und ausgewertet wurden, stellt bereits eine unverzichtbare Grundlage für jede weitere Forschung zum Thema bereit. Deter untersucht die verschiedenen Teilaspekte der preußisch-westfälischen Handwerks- und Gewerbegesetzgebung sowie deren vielfältige Rechtswirkungen aber gleichzeitig so sorgfältig und umfänglich, dass ein Gesamtbild entsteht, das kaum etwas zu wünschen übrig lässt, soweit es die gewählte Perspektive der Studie betrifft.

Nach der Einleitung wird dieses Gesamtbild aus sechs Kapiteln zusammengefügt. Sie behandeln in dieser Reihenfolge Zusammenschlüsse selbständiger Handwerker in Innungen und Gewerberäten (II., S. 37–178), das Niederlassungsrecht für Gewerbetreibende (III., S. 179–204), die obrigkeitliche Qualitätskontrolle von Gewerbebetrieben und genossenschaftliche Organisationsformen des selbständigen Kleingewerbes (IV., S. 205–236), Arbeitsrecht (V., S. 237–284), Auswirkungen von Zöllen und Steuern auf das Kleingewerbe (VI., S. 285–306) sowie schließlich die politische Repräsentation und die soziale Absicherung von Handwerksmeistern und ihren Familien (VII., S. 308–343).

Als eigentlicher Kern der Arbeit kann Kapitel II zu den Innungen und Gewerberäten angesehen werden. Hier zeigt Deter gründlich, wie die gesetzgeberischen Initiativen der preußischen Regierung mit dem Handeln der Akteure auf den verschiedenen Verwaltungsebenen und der Handwerker selbst zusammenwirkten bzw. wie deren unterschiedliche Interessen sich in der Praxis aneinander rieben. Ein grundsätzlicher Zielkonflikt lag zwischen den Handwerksmeistern, die in den neu implementierten Institutionen der Innungen und Gewerberäte ein möglichst hohes Maß an Verwaltungsautonomie für das Handwerk suchten, und der preußischen Zentralregierung, die in denselben Institutionen ein Mittel sah, diejenigen Handwerker zu befrieden, die während des Vormärz und der Revolution von 1848/49 an Protesten und Aufständen beteiligt gewesen waren. Zusätzlich legte der Gesetzgeber viele Regeln für die handwerkliche Selbstverwaltung so an, dass sie der Entfaltung einer liberalen, von Industrieproduktion geprägten Wirtschaftsordnung nicht im Wege stehen sollten. Sowohl Innungen als auch Gewerberäte sollten eine gewisse Schonung des selbständigen Kleingewerbes vor der Konkurrenz industrieller Produktion und deren kaufmännisch organisierten Magazinverkauf in Aussicht stellen. Dabei sollte es aber nicht wirklich zu einer von Handwerkergenossenschaften entscheidend gesteuerten Wirtschaftsweise kommen, wie sie teilweise während des Bestehens der Zünfte durchgesetzt worden war.

Auf den Gegensatz zwischen dem Bestreben vieler selbständiger Handwerksmeister, in den Innungen oder Gewerberäten einen Teil der zunftmäßigen Kontrolle über das Wirtschaftsleben wiederzuerlangen, auf der einen Seite und der durchgehenden Verweigerung der Obrigkeit, die eine solche Entwicklung im Rahmen ihrer Handwerks- und

Gewerbegesetzgebung nicht zuließ, weist Deter verschiedentlich hin. Aufschlussreicher als diese allgemeine Gegenüberstellung der Interessen von Handwerksmeistern und Gesetzgeber sind allerdings die differenzierten Befunde darüber, wie das Handwerksrecht in Westfalen seine konkrete Wirkung durch das alltägliche Mit- und Gegeneinander einer Vielzahl von Akteursgruppen entfaltete. Dabei übte das Zusammenspiel der Handwerker mit den Bezirks- und Stadtverwaltungen in der Regel einen direkteren Einfluss auf die Rechtswirklichkeit aus als die Normsetzung des preußischen Zentralstaats. Auch die Interessenunterschiede zwischen Handwerkern auf der einen Seite und Fabrikanten und Kaufleuten auf der anderen Seite beeinflussten, wie Gesetzgebung auf die Lebensrealitäten und die Wirtschaftsbedingungen wirken konnte. Insbesondere für die Institution der Gewerberäte, in denen Vertreter der drei Gruppen vertreten sein sollten, kann Deters die Folgen dieses konfliktreichen Zusammenwirkens zeigen.

Die Auflösung der Gewerberäte bringt der Autor dann aber nicht nur mit den Schwierigkeiten in Verbindung, in den Gremien produktiv zusammenzuarbeiten. Die Räte seien nicht aufgelöst worden, weil sich die darin vertretenen Interessengruppen gegenseitig blockiert hätten, sondern weil insbesondere die Handwerksmeister als Vertreter des selbständigen Kleingewerbes den Kampf gegen Fabrikanten und Kaufleute um traditionelle Spezialinteressen weitgehend aufgaben. Während die selbständigen Handwerker zunächst noch jede Möglichkeit gesucht hätten, alte zunftmäßige Privilegien für das Handwerk wiederherzustellen oder andere Formen des Schutzes vor der Konkurrenz eines freien Wettbewerbs zu installieren, habe sich in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre bei den Vertretern des Kleingewerbes die Überzeugung durchgesetzt, dass sie von der Umsetzung einer „liberal-dynamische[n] Wirtschafts idee“ profitieren könnten (S. 174). Damit habe sich der Traditionalismus der selbständigen Handwerker, mit dem sie sich sowohl der zentral-staatlichen Gesetzgebung als auch den Deregulierungsbemühungen von regionalen und kommunalen Behörden entgegengestellt hatten, weitgehend erledigt.

Deters macht die Durchsetzung von wirtschaftsliberalen Ideen unter den Handwerksmeistern somit als Ursache für den Wandel der Rechtswirklichkeit aus. Insgesamt überzeugt auch die These, dass der Gewerbegesetzgebung ein Konzept und eine langfristige Stabilität fehlte, die ihr erlaubt hätten, die Rechtswirklichkeit auf regionaler und lokaler Ebene entscheidend zu prägen und an die Bedingungen einer modernen dynamischen Ökonomie anzupassen (S. 346–347 u. S. 350–351). Damit gewannen die Akteure in Städten und Landschaften Freiräume und ihre Motive Erklärungskraft für den Verlauf der Rechtsgeschichte.

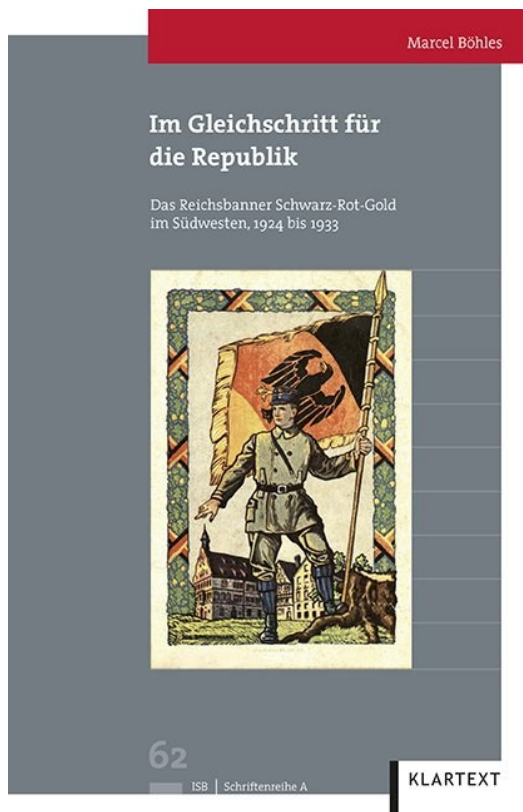
Gleichzeitig sollten die Motive der selbständigen Handwerker fundierter und differenzierter herausgearbeitet werden, als es in dieser Studie möglich war. So stellt Deters den Umschwung der in den Gewerberäten organisierten Handwerker auf eine wirtschaftsliberale Linie vor allem auf Grundlage von Akten der westfälischen Bezirksregierungen fest. Untersucht wurde also nicht der Diskurs der Handwerker selbst und ihre Meinungsbildung in all ihren möglichen Verzweigungen und Widersprüchen, sondern die zusammenfassenden und in gewisser Weise pauschalisierenden Urteile einer staatlichen Stelle. Ähnlich stellt sich die Quellenlage für die alt-zünftigen Sehnsüchte der Handwerker dar: Auch die Neigung der Handwerker, zu einer vormodernen, korporativ gestalteten Rechtsordnung für das Kleingewerbe zurückzukehren, zeigt sich vor allem im Schriftgut der Behörden. Die von dieser Neigung abgeleiteten Motive der Handwerksmeister wirken dann auch stellenweise etwas eindimensional und auf unglaubliche Weise konfrontativ.

Angesichts der insgesamt, auch in Bezug auf ihre Quellenlage, fokussiert und treffend konzipierten Studie soll diese Anmerkung nur als Aufruf verstanden werden, mit Deters Ergebnissen weiterzuarbeiten, sie in Details und mit ergänzenden Fragestellungen zu erweitern.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Marcel Böhles: Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933.

Essen: Klartext-Verlag, 2016 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A Darstellungen, Band 62), 339 S., ISBN: 978-3-8375-1485-8



„Heute mag man nicht ohne Bewunderung auf eine Organisation zurückblicken, die Millionen Mitglieder zur militanten Verteidigung der Republik zu vereinigen mochte.“ (Zit. S 307)

Mit diesen Worten charakterisiert Marcel Böhles in Anlehnung an Hans-Ulrich Wehler das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bei diesem handelt es sich um den Bund republikanischer Kriegsteilnehmer, in dem sich Anhänger von Zentrum, SPD und DDP zur Verteidigung der Weimarer Republik zusammengefunden hatten. Der geographische Schwerpunkt der Organisation und damit auch der bisherigen Forschung lag im Raum Magdeburg bzw. in Norddeutschland. Marcel Böhles legt nun eine Regionalstudie zum Südwesten vor, die sich mit Arbeit und Zielen, aber auch mit den Schwierigkeiten und Widersprüchen, die sich in der Tätigkeit des Reichsbanners widerspiegeln, befasst.

Dabei zeigt Böhles auf, dass das Reichsbanner vom Beginn seiner Tätigkeit an mit mehreren Problemen konfrontiert war. So hatte das Reichsbanner nie die uneingeschränkte Unterstützung der drei Trägerparteien, vielmehr wurde es nur als

Übergangslösung angesehen, um die Weimarer Republik in einer kritischen Phase zu stärken. Hinzu kam, dass die Organisation SPD-lastig war, Mitglieder von Zentrum und DDP nur eine untergeordnete Rolle spielten. Auch schon allein die Gründung des Reichsbanners im Jahr 1924 bedeutete ja letztlich das Eingeständnis, dass es bis dahin nicht gelungen war, ein republikanisches Staatsverständnis in weiten Teilen der Bevölkerung hervorzurufen, sondern, dass es vielmehr einer Organisation bedurfte, die sich im Zweifelsfall auch militant für die Republik einsetzte. Auch tat sich das Reichsbanner schwer, „auf wichtigen Gebieten der Symbol-Erinnerungspolitik“ (S. 307) Bedeutungshoheit zu erlangen, bspw. wenn es um die Verbreitung der Farben Schwarz-Rot-Gold als Symbol der Republik ging. Zudem waren die Veranstaltungen des Reichsbanners durch Pathos geprägt, denen ein gewisser Leerlauf und viel Kleinklein im Verbandsalltag gegenüberstanden.

Insbesondere in Baden, wo zwischen 1918 und 1932 eine schwarz-rote Koalition regierte, waren die Verhältnisse für die Ausbreitung des Reichsbanners gleichwohl günstig. Böhles zeigt auf, wie hier der Landesverband auch bei den beiden bürgerlichen Parteien einen gewissen Zulauf erhielt, zumal von Seiten der Zentrumsparterie Joseph Wirth als wortmächtiger Unterstützer des Reichsbanners hervortrat. Deutlich schwerer tat sich das Reichsbanner in Württemberg. Hier muss es von Beginn an stärker als sozialdemokratische Organisation angesprochen werden – im Gegenzug regierte hier die Zentrumsparterie gemeinsam mit konser-

vativen Kräften aus DNVP und Bauern- und Weingärtnerbund, die SPD blieb dauerhaft in der Opposition. Ab 1930 verschlechtert sich auch in Württemberg das Verhältnis zwischen Reichsbanner und Demokraten, nachdem diese in die konservativ geprägte Landesregierung eingetreten waren.

Besonders anschaulich schildert der Autor die Schwierigkeiten, die das Reichsbanner auch im Südwesten mit seiner Symbol- und Erinnerungspolitik hatte. So bekämpfte das Reichsbanner die Dolchstoßlegende oder auch die Glorifizierung der Frontkameradschaft, die von rechtsradikalen Wehrverbänden gepflegt wurde. Vielmehr wies das Reichsbanner darauf hin, dass es sich beim Ersten Weltkrieg um einen Konflikt handelte, der nicht zuletzt durch die damalige Reichsleitung mit verschuldet worden war. In der Gegenwart setzte sich das Reichsbanner für Frieden und Völkerverständigung ein, äußerte zuweilen sogar ausdrücklich Verständnis für französische Sicherheitsinteressen und suchte Kontakt zu französischen Veteranenorganisationen. Auch hierbei sollte der Gedanke des Ausgleichs gefördert werden. Widersprüche zum gerade referierten Gedankengut des Reichsbanners ergaben sich freilich besonders dann, wenn man bedenkt, dass die Politik der Reichsleitung im Weltkrieg auch lange Zeit durch die SPD im Zuge des „Burgfriedens“ gebilligt worden war. Auch der paramilitärische Habitus des Reichsbanners stand im Spannungsfeld mit seinen Zielen. Gerade im öffentlichen Auftreten legte das Reichsbanner größten Wert auf Disziplin, korrekte Marschform, ein tadelloses Erscheinungsbild – und gleichzeitig wollte man Kategorien wie den „militärischen Kadavergehorsam“ der Wilhelminischen Zeit überwinden. Im Gegensatz zur „antimilitaristischen Ausrichtung“ (S. 310) des Reichsbanners stand auch die Durchführung von „Schutzsport“ und „Geländeübungen“, die in der Endphase der Weimarer Republik an Gewicht gewannen.

Großen Einsatz zeigte das Reichsbanner für die Durchsetzung der Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, womit deutlich Distanz zu Schwarz-Weiß-Rot als Farben der Monarchie gezeigt werden sollte. Jedoch war eine Schwarz-Rot-Goldene Beflaggung auch im vermeintlichen demokratischen Musterland Baden keine Selbstverständlichkeit, zumindest nicht für die Freiburger Universität, die anlässlich eines Republikanertages in der Breisgau-Metropole diese erst auf das Ansinnen von Unterrichtsminister Otto Leers zeigte. Neben den Reichsfarben sollte bei der Bevölkerung ein demokratisches Bewusstsein auch durch das Erinnern und Gedenken an die Revolution von 1848/49 eingepflanzt werden, genauso wie sich das Reichsbanner um eine Erinnerungsarbeit an Ebert, Erzberger und Rathenau als Märtyrer der Republik bemühte. Oftmals wurde jedoch, wie Böhles zu Recht feststellt, der Republikanismus regelrecht aggressiv zur Schau getragen, bspw. im Zusammenhang mit dem Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Die aggressiven Angriffe auf die preußische Monarchie in diesem Zusammenhang dürften im Südwesten, wo die Fürstenthäuser auch nach ihrer Absetzung noch Ansehen genossen, eher abschreckend gewirkt haben.

Zur Ausprägung einer demokratischen Verfassungskultur sollten zudem die vom Reichsbanner zahlreich durchgeführten „republikanische(n) Tage, Bannerweihen, Gaufeste, Verfassungsfeiern“ (S. 312) beitragen, genauso wie das Reichsbanner sich durch engagierte Wahlhilfe für die drei Trägerparteien, gerade in peripheren Regionen des Landes, auszeichnete. Große Aktivitäten in dieser Hinsicht entfaltete das Reichsbanner insbesondere im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 1925 für den Kandidaten des Volksblockes, Wilhelm Marx. Die zweite Hälfte der zwanziger Jahre war jedoch gekennzeichnet durch gewisse Ermüdungserscheinungen und eine Entfremdung von den bürgerlichen Partnern innerhalb des Reichsbanners. Gleichzeitig herrschte bei der SPD auch im Südwesten die Überzeugung, die Republik sei ja nun konsolidiert, weshalb viele Funktionäre ihre Tätigkeit stärker der Partei- oder Gewerkschaftsarbeit zuwandten, dagegen das Reichsbanner teilweise vernachlässigten.

Erst spät erkannte man den Aufstieg der NSDAP und damit verbunden der SA als deren paramilitärische Einheit. Das Reichsbanner versuchte gegenzusteuern, indem man sich

nunmehr verstärkt der Jugend zuwandte. Außerdem kam es jetzt zur Aufstellung der Schutzformationen. Beim Reichsbanner verharrte man nun nicht mehr auf dem Gedanken, allein durch eine große Mitgliederanzahl schon über reale Macht zu verfügen. Vielmehr sollte mit den Schutzformationen der SA eine gut ausgebildete paramilitärische Einheit entgegengestellt werden. Dementsprechend nahmen Nachtausmärsche, Geländeübungen bei den Schutzformationen zu, nicht so recht klappte es mit der Ausbildung der Schutzformationen im Kleinkaliberschießen. Mit Recht stellt Böhles die Frage, ob mit dieser Militarisierung das Reichsbanner tatsächlich noch treue Republikaner ansprach, oder ob hier nicht auch Kräfte ins Reichsbanner drängten, die sich vom Gedankengut der bündischen Jugend und der zunehmenden Militarisierung angesprochen fühlten.

Stets betonte das Reichsbanner, gegen Ausschreitungen der SA auf dem Posten stehen und im Falle eines Putsches die Polizei unterstützen zu wollen. Zudem kopierte das Reichsbanner in mancher Hinsicht Propagandamethoden der politischen Gegner und versuchte im Zeichen der Eisernen Front im Zusammenspiel mit Gewerkschaften und Arbeiterturnvereinen (bei gleichzeitig immer weiterer Distanzierung von Zentrum und Demokraten) im öffentlichen Raum die Meinungshoheit zu gewinnen.

Aktiver Widerstand des Reichsbanners blieb jedoch trotz dieser selbstbewussten Bekundungen sowohl nach dem Preußenschlag Papens als auch nach der „Machtergreifung“ Hitlers aus. Letzten Endes wäre dieser angesichts der drückenden militärischen Überlegenheit der Reichswehr auch sinnlos gewesen. So waren im Grunde schon seit Sommer 1932 „Kampfgeist und Zuversicht“ (S. 315) des Reichsbanners erloschen. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass viele ehemalige Mitglieder des Reichsbanners am sozialdemokratischen Widerstand gegen das NS-Regime aktiven Anteil hatten und somit das Gedankengut des Reichsbanners auch nach 1933 hochgehalten haben.

Böhles legt eine lesenswerte Studie zur Organisationsgeschichte, Tätigkeit und zum Selbstverständnis, aber auch zu den Widersprüchen im Denken und Handeln des Reichsbanners im deutschen Südwesten vor.

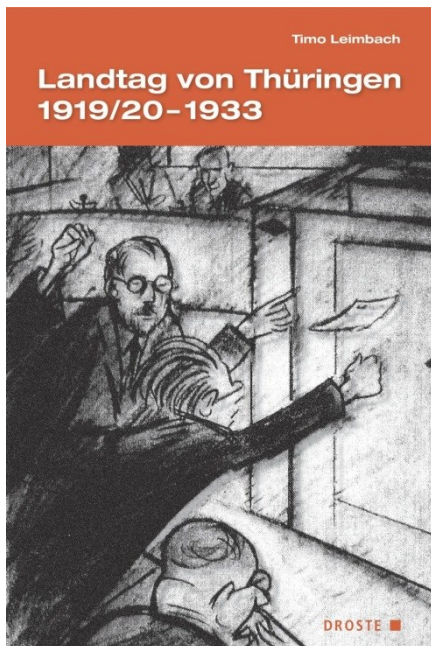
Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Timo Leimbach: Landtag von Thüringen 1919/20-1933.

Düsseldorf: Droste, 2016 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), 571 S., ISBN: 978-3-7700-5328-5



„Wenn man also ganz besonders schwierige parlamentarische Verhältnisse sich ausdenken will, so kann man getrost nach Thüringen gehen“, schrieb das Verbandsorgan des Thüringer Landbundes am 5. Mai 1928. – Tatsächlich hat der Weimarer Landtag auch in der Forschung lange Zeit ein denkbar negatives Image besessen. Gerade in Thüringen hatte durch den Zusammenschluss von sieben vormals selbständigen Kleinstaaten zunächst Aufbruchsstimmung geherrscht, war doch die Gründung des Landes das einzige greifbare Ergebnis der in der Weimarer Zeit intensiv diskutierten Territorialreform.

Während die Landesgründung noch auf einen breiten Konsens von bürgerlichen und sozialistischen Parteien fußte, so waren die nachfolgenden 13 Jahre durch schwere parteipolitische Auseinandersetzungen geprägt. Nach einem kurzlebigen Koalitionskabinett von DDP und SPD folgte 1921-1923/24 die „Arbeiterregierung“ unter August Frölich, zeitweise unter Einbeziehung der KPD. Deren Sturz erfolgte unter dem Einmarsch der Reichswehr, es

folgten die Jahre des Thüringer Ordnungsbloques, der nur durch die Duldung seitens der NSDAP über eine Mehrheit verfügte, bevor 1930/31 in Thüringen die NSDAP erstmals Regierungspartei in einem der Länder wurde. Kurz: Auf die chaotischen Jahre der Linksregierung, so der erste Eindruck, den die Forschung bisher zu bestätigen schien, folgte ein Vorspiel des Nationalsozialismus, das zwangsläufig in eine vorgezogene NS-Machtergreifung seit dem Jahr 1932 führte.

Genau diese Sicht der Dinge möchte Timo Leimbach mit seiner Studie revidieren und dabei aufzeigen, dass der Thüringer Parlamentarismus zwar mit erheblichen Problemen behaftet war, gleichwohl bemerkenswerte Leistungen vollbrachte und über demokratisches Entwicklungspotential verfügte.

Zu den auch von Leimbach aufgezeigten Schwierigkeiten gehörte die Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, die bereits in den Vorgängerlandtagen der sieben Thüringer Kleinstaaten bestanden hatte. Diese Polarisierung hatte sich, bedingt durch die Revolution 1918/19 und die Vorgänge im Gefolge des Kapp-Putsches, noch einmal verschärft. Auch fehlten in Thüringen Mittelparteien wie die Zentrumspartei oder auch eine starke DDP, die zwischen den Lagern hätte vermitteln können. Auf der linken Seite des Spektrums war in Thüringen die USPD besonders stark, nach der Wiedervereinigung mit der SPD stand nunmehr die Thüringer SPD deutlich auf dem linken Flügel ihrer Reichsorganisation – und war genauso wenig kompromissbereit wie der Thüringer Landbund als Vertretung der Bauern. Der Landbund wie auch die Wirtschaftspartei schickten ausschließlich Bauern und Mittelstandsvertreter ins Parlament, denen es weniger um ein abstraktes Gemeinwohl als vielmehr um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen ging. Beide Parteien sahen sich nicht dazu veranlasst, unterschiedliche gesellschaftliche Lager zu integrieren, sondern hatten nur

ihre Klientel, der sie sich verpflichtet fühlten – ähnlich wie SPD und KPD kompromisslos Interessen der Arbeiterschaft verfochten, was insbesondere für ältere Abgeordnete galt, die eben die Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum schon seit dem Kaiserreich miterlebt hatten.

Dementsprechend gering war die Kompromissbereitschaft bei Kabinettsbildungen. Thüringen erlebte insgesamt acht Kabinette, von denen nur zwei über eine eigene Mehrheit verfügten, und selbst bis eine Minderheitsregierung stand, gestalteten sich die Verhandlungen oft zäh. Gleichwohl, so Leimbach, blieben trotz aller Polarisierungen bürgerliches und sozialistisches Lager immer im Gespräch. In den Jahren 1920 und 1927 scheiterte die Bildung einer lagerübergreifenden Koalition nur denkbar knapp – 1927 übrigens an der Haltung der SPD, die aufgrund ihrer dezidiert linken Position ihrer Wählerklientel ein Bündnis mit dem Landbund nicht hätte vermitteln können.

Sehr anschaulich zeigt Leimbach auf, welche institutionellen Faktoren eine Regierungsbildung in Thüringen zusätzlich erschwerten: So fehlte es an einem starken in der Verfassung vorgesehenen Ministerpräsidenten, der die Initiative bei Regierungsbildungen übernahm. Genauso musste gemäß Verfassung jeder der vormals sieben Kleinstaaten in der Regierung vertreten sein, was bei überschaubarem Personal Schwierigkeiten bereitete. Gleichwohl gab es institutionelle Ansätze zur Regelung von Krisen wie die Ernennung eines Verbindungsmannes, der Koalitionen schmieden sollte, oder den Auftrag an die Fraktion, die die Regierungskrise ausgelöst hatte, eine neue Regierung zu bilden.

Schlussendlich kam es immerhin 1931/32 zur Tolerierung einer bürgerlichen Regierung unter Erwin Baum durch die Sozialdemokratie. Leimbach betont: Das war die erste, zumindest indirekte, lagerübergreifende Zusammenarbeit in Thüringen. Der dortige Landtag war damit noch zu einem Zeitpunkt funktionsfähig, als viele andere Länder nur noch über geschäftsführende Regierungen verfügten.

Auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung kann Leimbach für den Thüringer Landtag bleibende Leistungen konstatieren. So ist es gelungen, in der schweren Phase der Inflation den inneren Landesaufbau voranzutreiben. Die hier durchgeführten Vorhaben wie bspw. die Kreiseinteilung, behielten dauerhaft Geltung. Zumindest mit Einschränkungen gilt dies auch für Kommunalverfassung und Einheitsschule. Hatten diese Gesetze ihre Prägung zunächst durch die „Arbeiterregierung“ erhalten, so wurden sie durch den nachfolgenden Thüringer Ordnungsblock zwar erheblich verändert, aber eben nicht grundsätzlich beseitigt. Der Thüringer Ordnungsblock sägte also nicht, wie er selbst auf einem Wahlplakat suggerierte, sämtliche Arbeiten der vorausgegangenen Linksregierung an der Wurzel ab. So ist es verfehlt, von verlorenen Jahren für die Zeit 1921-1924 zu sprechen. Auch die von der Regierung Frölich erlassenen Notgesetze waren keine Willkürmaßnahmen, sondern erfolgten unter Termindruck bzw. im Umfeld der Inflation. Im Nachhinein wurden diese Gesetze vom Landtag nicht nur gebilligt, sondern in der Regel aufgegriffen oder umgearbeitet. Zudem wurde der Erlass von Notgesetzen mit der Zeit stärker reguliert.

Umstritten ist in der Forschung das Ermächtigungsgesetz von 1930. Leimbach betont, dass dieses keine originär nationalsozialistische Erfindung war, sondern bereits auf vorausgegangene Ermächtigungsgesetze aus den Jahren 1923 und 1928 zurückgriff und auf Drängen der bürgerlichen Koalitionspartner erlassen wurde. Im Ergebnis gelang es mit diesem Gesetz, den inneren Landesausbau abzuschließen und die Finanzen zu konsolidieren. Allerdings hat das Gesetz und sein Zustandekommen erheblich zur Delegitimation des Parlamentarismus beigetragen.

Neben der Gesetzgebungstätigkeit beleuchtet Leimbach auch die parlamentarische Kultur in Thüringen. Dabei kann er aufzeigen, dass gerade in der Gremienarbeit, die allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, bürgerliche und Vertreter der politischen Linken kon-

struktiv zusammenarbeiteten. Durch Einbindung in die Gremienarbeit ist es zumindest oberflächlich gelungen, sogar Vertreter der radikalen Flügelparteien ein Stück weit einzubinden. Durchaus gemeinsame Vorstellungen kann Leimbach auch bei der Ausarbeitung der parlamentarischen Geschäftsordnung zwischen SPD und Bürgerlichen erkennen. Zwar lehnte die SPD vor dem Hintergrund scharfer öffentlicher Kontroversen 1923/24 und 1926/28 Geschäftsordnungsnovellen ab, gleichwohl verband Bürgerliche und SPD „ein lagerübergreifender parlamentarischer Grundkonsens“ (S. 485). So beruhte bspw. die neue Geschäftsordnung von 1924 zumindest teilweise auf Vorarbeiten der vorangegangenen „Arbeiterregierung“.

Gemeinsamkeiten ergaben sich zwischen SPD und Bürgerlichen auch bei gesellschaftlichen Anlässen oder aber auch bei Beisetzungen hochrangiger Abgeordneter wie dem Thüringer Landbund-Politiker Ernst Höfer, dem Vertreter aller Parteien, außer KPD und NSDAP, die letzte Ehre erwiesen. Trotz dieser gemeinsamen Basis kam es aber freilich inhaltlich lediglich in den Jahren 1931/32 zu einer begrenzten Zusammenarbeit.

Abschließend untersucht Leimbach die eher unglückliche Rolle von Presse und Medien. In der parteipolitisch geprägten Presselandschaft wurden politische Forderungen eher noch verschärft. Auch herrschten in der Presse überzogene Erwartungen an die Leistungsfähigkeit des Landtages, der ja überhaupt erst den inneren Landesausbau zu bewerkstelligen hatte. So fragte die Presse einerseits nach der Effektivität der Landtage – gleichsam wie bei einem Produktionsprozess. Andererseits erwartete die Presse die unbedingte Durchsetzung des je eigenen parteipolitischen Standpunktes, kritisierte aber gleichzeitig die Kompromissunfähigkeit der Parteien. Schließlich litt der Thüringer Landtag 1931/32, als er einigermaßen funktionierte, unter der gängigen Kritik am Reichsparlamentarismus, die unbesehen auf ihn übertragen wurde.

Leimbach legt unter maßgeblicher Berücksichtigung kultur- und sozialhistorischer Fragestellungen eine überaus lesenswerte neue Sichtweise auf den Thüringer Landtag vor. Mit Recht kann er beanspruchen, dass der thüringische Landtag nicht versagte, ja mithin von vormaligen Mitgliedern des thüringischen Landtages wie Hermann Brill später Erfahrungen bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes eingebracht wurden.

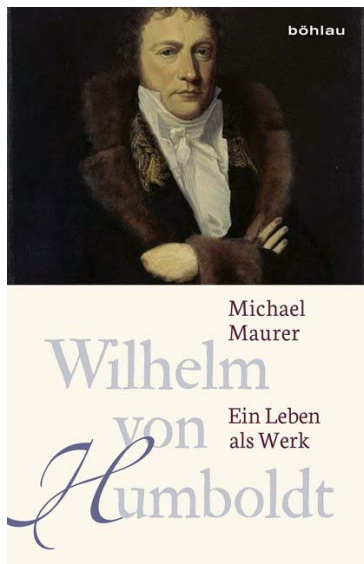
Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Michael Maurer: Wilhelm von Humboldt – Ein Leben als Werk.

Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag, 2016, 310 S., ISBN: 978-3-412-50282-9



Michael Maurer, Professor für Kulturgeschichte an der Universität Jena, legt mit diesem Werk über Wilhelm von Humboldt nach seinem Buch über Johann Gottfried Herder 2014 die nunmehr zweite Biografie über einen Denker und Schriftsteller vor, der trotz seines umfassenden Werks neben den anderen Größen seiner Zeit gelegentlich in Vergessenheit zu geraten droht. Die Biografie trägt den Untertitel „Ein Leben als Werk“, was programmatisch zu verstehen ist. Der Autor schildert nicht nur die Lebensstationen von Wilhelm von Humboldt, sondern verbindet den historischen Bericht mit Einblicken in sein Werk, indem von Humboldts Schriften vorgestellt, Gedankengänge und Argumentationen aufgezeigt sowie von Humboldts Überlegungen eingeordnet und verortet werden – in den gesellschaftlich-historischen Umständen, seiner persönlichen Entwicklung und im Hinblick auf die Nachwelt. Das gelingt Maurer so abwechslungsreich, gleichzeitig tiefgründig und doch nicht zu ausschweifend, dass trotz des zweifelsohne wissenschaftlichen Anspruches eine kurzweilige, lehrreiche und schlicht lesenswerte Lektüre entstanden ist. Wilhelm von Humboldt wird nicht nur als Universalgelehrter lebendig, dessen „Herzensthemen“ sich wie ein roter Faden durch sein Leben ziehen, sondern auch als liebender Ehemann und treuer Freund, z. B. seines acht Jahre älteren Zeitgenossen Friedrich von Schiller. Dazu trägt auch die Anordnung der Kapitel bei, die zwar dem historischen Verlauf folgen, aber zwischen persönlichen, biografischen Stationen und Entwicklungen, gesellschaftlich-politischen Umständen sowie Einblicken in von Humboldts Werk wechseln. Die Kapitelüberschriften, die immer durch einen Untertitel ergänzt werden, sind klangvoll, laden zum Weiterlesen ein und zeugen von einer großen Liebe des Autors zur Sprache. Zitate aus den Schriften von Humboldts sind im richtigen Maß eingebunden und bereichern die Lektüre, statt den Lesefluss zu behindern. Der Umschlag verspricht eine „anregende Synthese von Leben und Werk eines der gelehrtesten Menschen seiner Zeit“, und das Buch löst dieses Versprechen ein.

Dabei schreibt der Autor keineswegs wertfrei oder rein deskriptiv. Er zeigt Wilhelm von Humboldt als großen liberalen Denker und auch Staatsdiener, der den Menschen als Individuum in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellte. Das, was Maurer voranstellt, dass nämlich von Humboldt „einen einzigen Gedanken sein Leben lang mit bewundernswerter Konsequenz [verfolgte], aus ihm läßt [sic] sich sein Denken und Handeln ableiten: *Der Mensch ist ein Individuum und er darf es auch sein!*“, beweist er auf jeder Seite seines Buches und auf jedem Lebenspfad, auf dem er von Humboldt folgt. Von Humboldt erscheint in diesem Denken gleichzeitig als seiner Zeit voraus wie auch als Kind ebenjener Zeit zwischen Weimarer Klassik, der verheerenden Niederlage Preußens gegen Napoleon und dem Wiener Kongress. Maurer schildert eindrucksvoll, wie von Humboldt seine Ideen zum einen aus der intensiven anthropologischen Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, zum anderen aus der „Innenansicht“, aus sich selbst heraus schöpft. Von Humboldt will die Menschen begreifen, indem er sich selbst begreift und dabei konsequent Individualität und Freiheit in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückt. Von Humboldts Ringen mit sich selbst in seinen verschiedenen (staatlichen) Aufgaben zwischen einer *vita activa* und einer *vita contemplativa* sowie

um seine Ideale und die richtigen Begrifflichkeiten, bei dem er Zeit seines Lebens „nicht locker lässt“, wird für die Leser*innen nachvollziehbar und begreifbar. Dabei idealisiert Maurer von Humboldt aber nicht, sondern zeigt auf, dass er in all seiner Gelehrsamkeit und in seinem Fleiß auch um Selbstdarstellung bemüht, sich seiner Bedeutung – auch der möglichen für die Nachwelt – bewusst war, es mochte, gebraucht zu werden, und sich selbst entsprechend stilisierte. Dies wird besonders im Kapitel über die Briefkultur des späten 18., frühen 19. Jahrhundert deutlich, deren reger und sich selbst dessen bewusster Teil von Humboldt war.

Maurer zeigt seinen Leser*innen Wilhelm von Humboldt als umfassend gebildeten Universalgelehrten, der sich gleichermaßen als Schriftsteller, Denker, Kulturwissenschaftler und Staatsdiener verdient gemacht hat. Sein Bruder Alexander von Humboldt bleibt dabei eine – wenn auch wichtige – Randnotiz und Wilhelm von Humboldts Werk entfaltet eine eigene, von dem seines Bruders unabhängige Strahlkraft. Gleichwohl wäre ein tieferer Einblick in die Geschwisterbeziehung an einigen Stellen vermutlich sehr interessant gewesen, da diese sicherlich erheblichen Einfluss auf das Schaffen beider Brüder hatte. Die Leser*innen erfahren mehr über Wilhelm von Humboldts intensive, von Liebe und Gleichberechtigung geprägte Beziehung zu seiner Frau oder der zu einigen Freunden als über die zu seinem Bruder. Dennoch bleibt am Ende der Lektüre ein Staunen über ein so großes und so vielgestaltiges Werk eines einzelnen Menschen, das bei aller Vielfalt von immer wiederkehrenden Themen und Motiven geprägt ist. Die Schaffenskraft von Wilhelm von Humboldt wirkt auch heute noch zutiefst beeindruckend. Maurer zeigt auf, wie sehr er Zeitgenossen und Nachfolger geprägt hat und welche tiefen Spuren von ihm in heutigen staatlichen Strukturen, insbesondere in der Kultuspolitik, wiederzufinden sind. Das vorliegende Buch setzt ihm ein würdiges Denkmal, ohne ihn zum Säulenheiligen zu machen. Wilhelm von Humboldt bleibt auch nach 200 Jahren nah und menschlich für die Leserinnen und Leser.

Dresden

Jana Licht

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.): Soziale Arbeit und Neoliberalismus.

Baden-Baden: Nomos, Edition Sigma, 2016, 124 S., ISBN: 978-3-8487-2765-0



Martin Spetsmann-Kunkel, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, gibt mit dem schmalen Band „Soziale Arbeit und Neoliberalismus“ fünf Vorträge einer Vortragsreihe im Sommersemester 2012 von Absolventinnen der ersten Kohorte des Masterstudiengangs Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Bildung und Integration heraus, die sich in ihren Masterarbeiten mit Fragen zum Neoliberalismus und seinen Auswirkungen beschäftigt haben. Während man bei der Lektüre des Titels noch hoffen könnte, liberale Ansätze zur Einordnung und Wichtigkeit von sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft vorgestellt zu bekommen, macht Spetsmann-Kunkel bereits in seiner kurzen Einleitung die Zielrichtung dieser Tagungsdokumentation deutlich:

Nach einer sehr kurzen, durchaus zutreffenden Definition des Neoliberalismus, wobei er allerdings nicht darauf abstellt, was diesen nun vom Liberalismus unterscheidet, verkürzt er das liberale Menschenbild auf ein „egoistisches Wesen .., welches sein Handeln überwiegend an seinen eigenen Interessen orientiert“ mit „Profit- und Gewinnstreben“. Während er verschweigt, dass das den Liberalismus beherrschende Freiheitsprinzip immer auch durch das Verantwortungsprinzip ergänzt wird, was den Menschen erst als soziales Wesen einordnet, will er den Neoliberalismus [sic!] für all seine Untaten „in Verantwortung“ nehmen. – Eine Verantwortung, die dieser nach Spetsmann-Kunkel kategorisch ablehnen würde. Er zeichnet drei Effektdimensionen des Neoliberalismus – die individuelle Effektdimension, die Effektdimension der politischen Ordnung und die militärische, internationale Effektdimension – nach, in denen er den Neoliberalismus für alle Übel auf der Welt verantwortlich macht: die „epidemische Ausbreitung depressiver Krankheitsbilder in der Gegenwart“, die „Verschärfung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten“, den „Umbau sozialer Sicherungssysteme“, „militärische Interventionen und kriegsähnliche Konflikte“. Das „Gewaltpotential“ der neoliberalen Ordnung sei der „Totengräber der Demokratie“ und setze die „Rahmenbedingungen rechter Gewalt“. Spetsmann-Kunkel betont zwar, dass diese Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe, „positive“ Effektdimensionen, die aus individueller Freiheit in einer rechtsstaatlichen Bürgergesellschaft – Freiheit in Verantwortung, dem liberalen Leitmotiv – erwachsen, hat er damit aber sicher nicht gemeint. Mit dieser normativen Abwertung und vorsätzlichen, diskreditierenden Verkürzung des liberalen Gedankenguts setzt er die Tonalität für den gesamten Band, in dem immer wieder Colin Crouch und Christoph Butterwegge als Kronzeugen für die Verbrechen des Neoliberalismus angerufen werden. „Neoliberalismus“ ist hier Kampfbegriff und Feindbild zugleich. Es muss besorglich stimmen, wenn Student*innen der Sozialen Arbeit in ihrem Studium derartig indoktriniert und politisch agitiert werden.

Der erste Beitrag stellt die Frage, ob Soziale Arbeit Erziehung zur Postdemokratie sei bzw. welche Rolle Sozialarbeiter*innen in der postdemokratischen Entwicklung spielen. Grundlage ist hier Colin Crouchs Analyse einer postdemokratischen Gesellschaftsentwicklung, deren Ursache die zunehmende neoliberale Ausrichtung der Politik sei. Es wird behauptet, dass der Neoliberalismus in seinem Menschenbild zwischen Elite und Masse unterscheide, was zu einer autoritären Elitenherrschaft mit einer Beschränkung der Demokratie und zu einer

sozialdarwinistischen Transformation des Wohlfahrtsstaates hin zu „reiner“ Marktorientierung führe. Der Neoliberalismus sei ein „Projekt zur Auflösung der demokratischen Gesellschaft“. Im Zuge dieser neoliberalen Transformation habe sich die Soziale Arbeit von strukturell-politischer Arbeit und ihrem demokratischen Auftrag distanziert; von der Politik implementierte sozialpädagogische Praxen seien Teil etablierter, neoliberaler Herrschaftsstrukturen. Die liberale Forderung nach eigenverantwortlichem Handeln und die „Inszenierung von Konkurrenz“ in staatlichen Ausschreibungsverfahren bei der Vergabe von Aufträgen an Träger der Sozialen Arbeit werden von der Autorin des Beitrags abgelehnt. Soziale Arbeit sei zur repressiven Hilfsinstanz zwecks Kontrolle und Selbstdisziplinierung geworden. Dem müsse sich Soziale Arbeit durch eine Repolitisierung, die den Neoliberalismus anprangert, entgegenstellen, indem um finanzielle und thematische Autonomie gekämpft werde, der neoliberale Elitendiskurs abqualifiziert und Soziale Arbeit als „Oppositionswissenschaft“ verstanden werde. Der Auftrag der Sozialen Arbeit, sich „einzumischen“, politische sowie gesellschaftliche Gegebenheiten und Entwicklungen kritisch zu analysieren und Missstände aufzuzeigen, steht außer Frage, allerdings blendet die Autorin dieses Beitrags – wie alle anderen im Band – vollkommen die Frage aus, woher die Mittel für Soziale Arbeit kommen, und dass ein Rechtsstaat verpflichtet ist, gegenüber dem Steuer- und Abgabenzahler transparent zu machen, wofür diese Mittel verwendet werden. Einerseits wird bedauert, dass der Staat in einer neoliberalen Ordnung seine Steuerungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit verliert, andererseits steht in jedem der Beiträge dieses Bandes staatliches Handeln unter Anklage. Die Staatsgläubigkeit bei gleichzeitiger Opposition zu staatlichen Strukturen und Verfahren ist weder nachvollziehbar noch logisch konsistent.

Diesen Widerspruch löst auch der zweite Beitrag „Soziale Arbeit als Regierung“ nicht auf. Die Autorin orientiert sich am Foucault'schen Konzept der Gouvernamentalität und analysiert Machtbeziehungen und -gefüge in der Sozialen Arbeit als Teil der Regierung. Sie beschreibt das neoliberale „Modell des unternehmerischen Selbst“ als Ursache neosozialer Transformationsprozesse, bei denen sich Soziale Arbeit zwar einerseits zur Regierungstechnologie im Foucault'schen Sinne entwickle, sich der Staat aber andererseits aus seinen sozialen Aufgaben zurückziehe. Diese Analyse mündet in die Forderung, dass sich Sozialarbeiter*innen mit neoliberalen Regierungstechniken auseinandersetzen, dies in die Öffentlichkeit tragen und transparent machen müssen. Kritische (Selbst-)Reflexion der Sozialen Arbeit soll in die Schaffung von offenen Räumen münden, in der sich die Adressat*innen der Sozialen Arbeit frei entfalten und eigene (nicht neoliberale) Subjektivierungsweisen aufbauen, Widerstand und Kritik ausbilden können. Dass hier das liberale Menschenbild des mündigen Bürgers, der ermächtigt werden muss, Hoheit über seinen eigenen Lebenslauf zu gewinnen, Verbündeter und nicht Gegner ist, fällt der Autorin nicht auf. – Wohl, weil sie in ihrem Studium auf ebenjenes Feindbild konditioniert wurde.

Der dritte Beitrag fragt, ob angesichts dieser Situation solidarische Soziale Arbeit überhaupt möglich sei. Durch den Neoliberalismus bewirkte Entsolidarisierungstendenzen fänden sich auch in der Sozialen Arbeit, die eigentlich beruflich geleistete Solidarität sei. Die Autorin konstatiert eine kollektive Entsolidarisierung in der Sozialen Arbeit und ihrer Trägerlandschaft durch Tarifabweichungen, Abbau von Personal und Ersetzung von Fachkräften. Diese Vorwürfe werden nicht weiter untersetzt und belegt. Leistungs- und Kostendruck, Wettbewerb und Konkurrenz, verstärkte Arbeitsbelastung, Unsicherheit und Angst um die eigene Existenz würden zu einer kulturellen Entsolidarisierung unter Sozialarbeiter*innen und in deren Beziehung zur ihren Klient*innen führen. Aufgrund der Kunden- und Wirksamkeitsorientierung drohe eine Zwei-Klassen-Sozialarbeit, in der nur noch diejenigen, bei denen Soziale Arbeit auch fruchte, Unterstützung und Hilfe bekämen. Um dagegen anzukämpfen, zeigt die Autorin Perspektiven der Sozialen Arbeit auf: Repolitisierung, gewerkschaftliches Engagement, den Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit und Bündnisse sowie Vernetzung. Dass eine Disziplin wie die Soziale Arbeit, die von öffentlichen Mitteln lebt, verpflichtet ist, Bedarfsgeerechtigkeit und Wirksamkeit zu belegen – was, obwohl häufig bestritten, sehr wohl möglich

ist – und dass dies zu ihrer Professionalisierung sowie Akzeptanz beitragen würde, kommt auch dieser Autorin nicht in den Sinn.

Der darauffolgende Beitrag fordert zwar ein professionelles Selbstverständnis Sozialer Arbeit im Verhältnis zur Sozialpolitik, beschreibt aber „das Neoliberale“ gleichsam als „das Böse“ als Ursache für „Abbau und Ausverkauf des Sozialstaats“. „Das Neoliberale“ führe zu einer Veränderung des Wohlfahrtsstaates, das daraus resultierende „Neosoziale“ zu Sozialdumping. Die neoliberale Aktivierungspolitik, die nach dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ auf Ermächtigung und Hilfe zur Selbsthilfe setzt, sei eine zynische Interpretation von individueller Freiheit und münde in Gesellschaftstotalität. Die Autorin zeigt sich erstaunt über die überwiegende Akzeptanz von Qualitätsmanagement und Controlling als Instrumenten zur Steigerung von Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit und fordert stattdessen eine „störrische Professionalität“, die aber offensichtlich nicht in der Anwendung von Effizienz- und Effektivitätskriterien liegt.

Der abschließende, fünfte Beitrag bemüht sich kaum noch, einen Zusammenhang zur Sozialen Arbeit herzustellen, sondern ist eine generelle Neoliberalismus- und Kapitalismuskritik. Bei der Darstellung der Entwicklung des Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit und ihrer Ausformung in Sozialpolitik wird auch die Hauptschuldige beim Namen genannt: Die FDP, wobei aber selbst die Sozialdemokratie der neoliberalen Programmatik anheimgefallen sei. Der Begriff der Leistungsgerechtigkeit deformiere soziale Gerechtigkeit und führe zum Ausbau Druck ausübender, aufsichtführender und kontrollierender sozialstaatlicher Funktionen. Die Autorin arbeitet sich am Begriff des Humankapitals ab und sitzt dabei denselben Irrtümern auf wie diejenigen, die ihn in Unkenntnis seiner Bedeutung und Verortung in der Ökonomie zum „Unwort des Jahres“ gekürt hatten. Sie rekurriert auf das „gesellschaftsverändernde Mandat sozialer Gerechtigkeit“ und fordert mehr Umverteilung zur sozialen Sicherung, wobei sie unverhohlen die Neiddebatte anfacht und nicht darauf verzichtet, Freihandel als schädlich und den Wohlfahrtsstaat zerstörend anzuprangern.

Dresden

Jana Licht

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

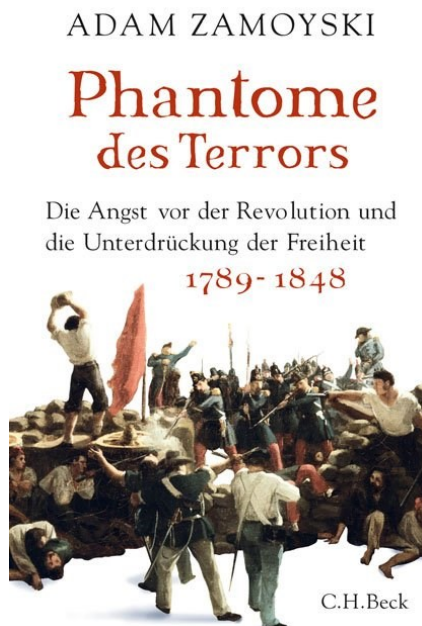


recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Adam Zamoyski: *Phantome des Terrors. Die Angst vor der Revolution und die Unterdrückung der Freiheit 1789-1848.*

München: C. H. Beck, 2016, 618 S., ISBN: 978-3-406-69766-1



Schon wenige Tage nach der Regierungsübernahme erscheint das Dekret, das Fremden die Einreise ins eigene Land untersagt. In Russland wird die „Trinität von Orthodoxie, Autokratie und Nationalbewusstsein“ (S. 484) zur Grundlage des gesellschaftlichen Lebens erklärt. Und in einem Brief spricht jemand von „Freiheit“ als „jenem Wort, das Europa zerstört“ (S. 237).

In jedem Kapitel des jüngsten Buches von Adam Zamoyski finden sich Beobachtungen und Aussagen, die so frisch wirken, als wären sie der Tagespresse entnommen. Stattdessen stammen sie aus scheinbar längst vergangenen Zeiten – das fremdenfeindliche Dekret zur Regierungsübernahme erließ der Habsburger Leopold II. im Jahr 1790, die russische Trinität kennzeichnete das Selbstverständnis des Zaren Nikolaus I., die Angst vor der Freiheit sprach 1819 nach dem Mord an Kotzebue aus der Gräfin Nesselrode. Auch wenn Zamoyski 2014 bei der Fertigstellung der englischsprachigen Originalfassung seiner Geschichte Europas im halben Jahrhundert nach der Französ-

sischen Revolution nicht den gegenwärtigen Pressespiegel vor Augen haben konnte, ist der Aktualitätsbezug beabsichtigt: Im Vorwort erklärt der Autor, bei der Arbeit an seinem Werk sei ihm zunehmend bewusst geworden, wie sehr auch heute durch Maßnahmen, die die Bürger vor Bedrohungen schützen sollen, die individuelle Freiheit beschnitten wird. Seine Darstellung ist damit bewusst als historischer Spiegel angelegt, in dem wir gegenwärtige Entwicklungen reflektieren sollen.

Zamoyski beschreibt die Angst der europäischen Regierungen vor der Ansteckung durch die Revolution ab dem späten 18. Jahrhundert. Ausführlich schildert er den Auf- und Ausbau polizeilicher Kontrollorgane in Frankreich, Preußen, Neapel, Russland und Österreich, durch die die Herrschenden der Gefahr des politischen und gesellschaftlichen Umsturzes zu begegnen suchten. Allerdings präsentiert er die ergriffenen Maßnahmen nicht in erster Linie als Reaktion auf wirklich vorhandene Gefahren, sondern als sich verselbständigende Überreaktionen auf eingebildete Bedrohungen. Stärker als der deutsche unterstreicht daher der englische Originaltitel „Phantom Terror“, dass es dem Autor nicht um Ausprägungen des Terrors geht, sondern um Hirngespinnste, vergleichbar einem nicht wirklich vorhandenen, aber dennoch deutlich empfundenen Phantomschmerz. So manche Revolte der Epoche nach dem Wiener Kongress lässt sich mit einem Zeitzeugen sogar als „ministerieller Taschenspielertrick“ (S. 250) entlarven, durch den die selbsterklärten Ordnungskräfte bewusst Ängste schüren wollten, um repressive Maßnahmen rechtfertigen zu können. Entsprechend wimmelt Zamoyskis Buch von agents provocateurs, halbseidenen Kriminellen und inkompetenten Verwaltungen, die sich in den von ihnen selbst geschaffenen Spitzelnetzwerken zunehmend verstrickten, so dass die zutage geförderten Informationen häufig völlig nutzlos waren – was aber die Hysterie auf Seiten der Herrschenden oft nur verstärkte. Im Zentrum steht – wenig überraschend – Metternich, der ebenso wie der russische Zar besessen war von dem Ge-

danken, ein zentrales Leitungskomitee in Paris steuere Geheimgesellschaften in ganz Europa und plane Verschwörungen sowie den ganz großen Umsturz. Selbst die überzogensten Spitzelberichte wurden begierig aufgegriffen, wenn sie es erlaubten, entsprechende Vermutungen zu stützen. Skeptische Stimmen, wie sie z. B. immer wieder von englischen Politikern zu hören waren, wurden als illusionäre Verkennung der Gefahr abgetan.

Wie üblich präsentiert der polyglotte Zamoyski, der durch seine Bücher zu Napoleons Russlandfeldzug und zum Wiener Kongress auch in Deutschland bekannt wurde, seine Geschichte in großer Anschaulichkeit, die er nicht zuletzt durch ausführliche Quellenzitate erzielt. So lassen sich quer durch das Buch skurrile Details finden, so z. B., wenn sich die internationale Teilnehmerschaft des Kongresses von Troppau 1820 im vom Regen aufgeweichten Matsch der Straßen über Gehbretter hangelt, dabei aber umständlich klären muss, wem von der Rangordnung her jeweils der Vortritt gebührt. Die immer wieder ausführlich dargebotenen Fälle aus belanglosen Spitzelberichten erschöpfen jedoch irgendwann die Geduld beim Lesen eher, als dass sie unterhalten würden.

Vor allem aber sind Zamoyskis Gewährsleute meist Angehörige der international vernetzten politischen und gesellschaftlichen Elite, so die russische Gräfin Lieven, deren Korrespondenz ebenso deutlich zur Geltung kommt wie die Liebeshändel mit dem ihr verfallenen Metternich. Zudem stützt sich Zamoyski stark auf die Akten der Polizeibehörden. Die radikalen und demokratischen Kräfte erscheinen aus dieser Perspektive fast ausschließlich als ungehobelte Unruhestifter oder aufgeblasene, selbstverliebte Sprücheklopfer, denn selbst wenn die Berichte die angeblichen Gefahren breit ausmalen, betont Zamoyski demgegenüber die Wirkungslosigkeit demokratischer Initiativen. Dies entspricht der Kernthese des Autors vom eingebildeten Schrecken; doch selbst wenn die demokratische Gegenöffentlichkeit ein Sammelbecken aller möglichen Unzufriedenen gewesen sein mag, so wird bei Zamoyski zu wenig deutlich, welche Herausforderung es bedeutete, sich gegen die repressiven Apparate der europäischen Mächte zu behaupten, und wie wichtig einzelne Repräsentanten der Freiheitsbewegungen für die weitere Geschichte demokratischer und revolutionärer Ideen wurden. Bezeichnenderweise wird Georg Büchner gar nicht erwähnt, Karl Marx und Heinrich Heine kommen nur am Rande vor. Auch die Frage nach der Prägung demokratischer Bewegungen durch den jeweiligen Stand der Repression wird kaum thematisiert.

Bei den Ereignissen von 1848 betont Zamoyski diejenigen Elemente, die dagegen sprechen, die Europa durchziehende Kette von Unruhen als eine Revolution zu bezeichnen. In seiner Lesart wertete erst die Inkompetenz der Regierenden die Vorgänge zur langerwarteten Revolution auf, um die es sich aber eigentlich gar nicht gehandelt habe. Als Ergebnis der Überreaktion der Regierenden konstatiert der Autor die „unnötige Unterdrückung gemäßiger liberaler Tendenzen“, die eine verhängnisvolle „Kultur der Kontrolle des Einzelnen durch den Staat etabliert“ habe (S. 540).

Auch wenn ein stärkeres Gewicht auf den freiheitlichen Bestrebungen zu gewissen Differenzierungen mancher Urteile führen dürfte, gelingt es Zamoyski in höchst anregender Weise, Geschichte zum Diskussionspartner für die Gegenwart zu machen – nur selten wird die banale Weisheit, dass die Kenntnis der Vergangenheit das Reflektieren über die Gegenwart beflügelt, so unmittelbar einprägsam umgesetzt. Zamoyskis historische Darstellung ist damit eine nachdrückliche Mahnung, in Zeiten unübersichtlicher Gefahrenlagen nicht leichtfertig den „Viren der staatlichen Kontrolle über den Einzelnen“ (S. 68) zu erliegen.

Darmstadt

Detlev Mares

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2016 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 1), 310 S., ISBN: 978-3-515-11591-9



„Bonn ist nicht Weimar“, wie Fritz René Allemann bereits 1956 konstatierte, und noch viel weniger Berlin. Gleichwohl prägte und prägt immer noch die Erfahrung der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie unser politisches Bewusstsein, das kulturelle allemal. Gerade die sich breit machende Angst vor Ent- bzw. Überfremdung, politischer Ausgrenzung und vor der vermeintlichen Bedrohung von „Rechtspopulismus“, einhergehend mit dem Einflussverlust der staatstragenden demokratischen Volksparteien, lassen das vergangene Weimar gegenwärtig und aktuell werden. Die Auseinandersetzung mit der ungeliebten, überforderten und letztlich auch gescheiterten Republik ist offensichtlich notwendiger denn je und wird zur mahnenden Herausforderung.

Die an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2016 gegründete „Forschungsstelle Weimar“ sowie jetzt der erste Band ihrer Schriftenreihe „Weimarer Schriften zur Republik“, der die Ergebnisse einer Berliner Tagung von 2015 zusammenfasst und präsentiert, bildet den Auftakt einer intensiven

Neubesinnung auf Weimar und leistet damit einen wichtigen Beitrag. Mit gutem Grund verweisen die beiden Herausgeber darauf, dass im Gegensatz zur 1848er Revolution und zur Frankfurter Paulskirche Weimar keinen angemessenen Ort in der deutschen Erinnerungskultur gefunden habe. Weimar gelte zwar als die inzwischen zum Weltkulturerbe erhobene Stadt der deutschen Klassik, als Gründungsort des Bauhauses und mit dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald als Stätte und Mahnmal der NS-Verbrechen, aber in der politischen Bildung, musealer Gestaltung und auch in der Wissenschaft nehme dieser „sperlige Erinnerungsort“ keinen zentralen Platz mehr ein. Zu Unrecht. Die anstehenden Jubiläumsjahre, beginnend mit 2018/19, sind Aufforderung genug, um Weimar aus dem Schatten des Vergessens zurückzuholen und als Erinnerungsort der Demokratie zu verstehen. Dabei darf es nicht mehr allein darum gehen, Weimar von seinem Ende und Scheitern her, quasi als Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu sehen und einseitig zu reduzieren, sondern die Offenheit und Chancen seiner Gründung, die Bilanz seiner unbestreitbaren Leistungen und die Nachhaltigkeit seiner politischen, sozialen, wirtschaftlichen sowie seiner kulturellen Existenz sollten herausgearbeitet werden.

Die inhaltliche Diskussion eröffnet Bundesjustizminister *Heiko Maas*, der sich zu Republik, Demokratie und Sozialstaat bekennt – politische Grundsätze, die von Weimar begründet wurden und heute ihre Gültigkeit haben. Er unterstützt das „Weimar-Projekt“ und fordert dazu auf, die Leistungen der Nationalversammlung stärker zu betonen, die Gründe für die Wahl Weimars als Gründungsort der Deutschen Republik darzulegen, mit Hilfe der Erinnerung sich

den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen und zwar parteiübergreifend. Geschichtsarbeit sei Teil der Kulturpolitik, so dass das Projekt auch länder- und bundesweit gefördert werden müsse.

Nach Essays und Bestandsaufnahmen des revolutionären Regimewechsels vom Kaiserreich zur Republik (*Alexander Gallus, Andreas Braune*), der Demokratiedebatte und Verfassungsfrage (*Marcus Llanque, Tim B. Müller, Christoph Gusy*) werden strukturelle Elemente Weimars im europäischen Kontext im Folgenden behandelt. Für *Ursula Büttner*, einmal mehr ausgewiesen durch ihre beindruckende Gesamtdarstellung „Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933“, war die Leugnung der Realität die bestimmende Grundeinstellung, die von Anfang an zur „Entfremdung“ von der Weimarer Republik geführt habe. Der Versailler Vertrag wurde nicht nüchtern als Folge der Kriegsniederlage betrachtet, sondern als schreiendes Unrecht, als Diktat der Siegermächte verstanden. Das als Antwort darauf resultierende „Diktat der Revision“ bestimmte die Außenpolitik und engte den außenpolitischen Handlungsspielraum erheblich ein. Wichtige Teilerfolge, wie Locarno, die Räumung des Rheinlandes und selbst die Aufnahme in den Völkerbund wurden kaum wahrgenommen und nicht gebührend gewürdigt.

Eine ähnliche Blickverengung ist auch in der Wirtschaft zu konstatieren. Zwar waren die Auswirkungen der eskalierenden Inflation bis 1923, der Weltwirtschaftskrise ab 1929 sowie die brutale Deflationspolitik Heinrich Brünnings katastrophal, bedeuteten sie doch eine Verarmung, ja Enteignung des Mittelstandes und trieben die Arbeitslosigkeit in schwindelnde Höhen, insgesamt wurden sie den Reparationsforderungen zugeschrieben und als Krisenbeschleuniger verstanden. Auch hier ist ein Realitätsverlust des kollektiven Bewusstseins offensichtlich. Subjektive und objektive Dimensionen klafften deutlich auseinander und führten zu extremen Konfliktlinien in der jungen Republik. Wie *Detlef Lehnert* in seinem anregenden Beitrag über „Weimars Chancen und Möglichkeiten“ erinnert, betrugen allerdings die Reparationszahlungen für Deutschland 1919 bis 1931 im Durchschnitt nur gut drei Prozent des Brutto sozialprodukts. Im Vergleich zu den Rüstungsanteilen im Vorkriegsjahr 1938 von 14,6 Prozent konnten, so wird argumentiert, diese Zahlungen die Volkswirtschaft kaum aus dem Gleichgewicht bringen. Generell hätte das Inflationstrauma eine kollektive Erfahrung der Benachteiligung zur Folge gehabt, wie Büttner feststellt. Unter diesen Umständen seien die Leistungen der wenigen Jahre 1924 bis 1928/30 allerdings beachtlich. Dazu gehörten die Schaffung einer liberal-demokratischen Verfassung, deren Kern sich dreißig Jahre später im Grundgesetz als zukunftsfähig erwies; die Grundlegung eines modernen Sozialstaates; die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages; Tarifverträge und Ansätze betrieblicher Mitbestimmung; Verbesserung des Arbeitsschutzes; die Schaffung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung; sozialer Wohnungsbau; Schulreformen, um die Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu verbessern sowie der großartige Aufschwung der Kultur. Diese von Büttner zusammengetragene imponierende Leistungsschau erhält von *Franz Josef Dühwells* Beitrag über „Weimar und die Organisation der Arbeit“ Differenzierung und Bestätigung. Die Weimarer Verfassung sei ein Meilenstein für die Demokratie und den sozialen Fortschritt gewesen. Sie strahlte auf viele Länder aus.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit Politikern, die den ersten Jahren der Republik ihren Stempel aufgedrückt und die zugleich als ihre Märtyrer zu gelten haben: Friedrich Ebert, Matthias Erzberger und Walther Rathenau. *Walter Mühlhausen* zeichnet die Rezeptionsgeschichte des ersten Präsidenten Weimars nach, der lange Zeit als „Arbeiterverräter“ von Links oder als „Landesverräter“ und sogar als „Novemberverbrecher“ von Rechts diffamiert wurde. Im Gegensatz zu Bismarck, aber auch zu seinem direkten Nachfolger als Staatsoberhaupt Paul von Hindenburg blieb Ebert als Konkursverwalter des Kaiserreichs relativ blass, besaß er doch keinen Hang zur Selbstdarstellung, von dem auch keine Aura ausging. Lange Zeit stand er im Schatten anderer Politiker, wie etwa Stresemanns. Die Nationalsozialisten tilgten rigoros seinen Namen aus der Erinnerung. Und in der DDR wurde er weiterhin als „Arbeiterverräter“ verunglimpft. In der jungen Bundesrepublik rückte sein Name allmäh-

lich in das historisch-politische Bewusstsein. Ebenfalls tat sich die Wissenschaft schwer mit Ebert, was auch am Fehlen eines Nachlasses lag, so dass hier tradierte Klischeebilder lange Zeit dominierten. Erst mit der Gründung der „Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“ im Heidelberger Geburtshaus des Arbeiterführers setzte eine von Ausstellungen begleitete intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung ein, zu der Mühlhausen selbst mit einer profunden Biographie beigetragen hat. Ebert habe endlich seinen ihm gebührenden Platz „ganz vorn im historisch-politischen Traditionshaushalt der Bundesrepublik“ gefunden (S. 171).

Gleichfalls zu seinen Lebzeiten umstritten, polarisierend und stark angefeindet war Matthias Erzberger. Aus kleinbürgerlich-katholischem Milieu stammend, konnte er für das Zentrum als damals jüngstes Mitglied in den Reichstag gewählt werden, bald als scharfer Kritiker der deutschen Kolonialpolitik 1904/05 überregional von sich reden machen, der sich im Ersten Weltkrieg von einem „Annexionisten reinen Wassers zu einem leidenschaftlichen Befürworter eines Verständigungsfriedens“ (S. 180) entwickelt habe, der 1917 für eine Friedensresolution eintrat und am 11. November 1918 als Leiter einer zivilen Delegation den Waffenstillstandsvertrag aushandelte und der schließlich als Finanzminister 1919/20 eine in ihren Grundstrukturen bis heute gültige Steuer- und Finanzreform auf den Weg gebracht habe – eine fast beispiellose Karriere, die 1921 von Mitgliedern der rechtsradikalen „Organisation Consul“ (OC) mit seiner Ermordung gestoppt wurde. Gleichwohl ist *Torsten Oppeland* skeptisch, diesen zwar als Märtyrer, aber keineswegs als Vorbild gelten zu lassen: „Erzberger war eine schwierige, ambivalente Figur, hochgradig umstritten zu ihrer Zeit und ohne Zweifel ein faszinierender Gegenstand für Historiker und auch für die politische Bildung, aber eine Identifikationsfigur für die heutige deutsche Demokratie – falls es so etwas überhaupt noch geben kann – vielleicht doch nicht.“ (S. 186f.)

Auch der jüdische Industrielle Walther Rathenau, der als damaliger Reichsaußenminister nur ein Jahr nach Erzberger ebenfalls einem Attentat der OC zum Opfer fiel, war umstritten. Allerdings – so argumentiert *Martin Sabrow* – anders als bei Erzberger hatte diese Bluttat „die Gesellschaft bis weit in das konservative Bürgertum hinein aufgerüttelt“ und – „was dem lebenden Rathenau nie vergönnt war, wurde dem toten zuteil: Über die politischen Grenzen hinweg bekundeten Millionen Deutsche ihre Trauer und ihre Abscheu vor dem Mord an dem Außenminister“ (S. 189f.). Es kam zu vorher nicht gekannte Massenveranstaltungen, die das republikfeindliche Lager regelrecht in die Defensive gedrängt habe und Rathenau über die Parteigrenzen hinaus zum Märtyrer werden ließ. In der Folgezeit würdigten Gedenkfeiern Rathenaus Verdienste: „Rathenaus Blut soll nicht umsonst geflossen sein, es ist zum Kitt für die deutsche Republik geworden“ (S. 197). Sabrows Fazit lautet: „Nicht weil Rathenau in der Weimarer Republik als einer ihrer herausragenden Vorkämpfer anerkannt war, wurde er zu ihrem Repräsentanten, sondern weil sein Lebensweg und seine posthume Rezeption die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der Republik in so besonderer Weise spiegelten“ (S. 200).

Museumsfachleute und Ausstellungsgestalter berichten über „Weimar im Museum“ und fragen generell, wie ein derart komplexes und abstraktes Sujet gestaltet und visualisiert werden kann: „Wie vermittelt man in einer Ausstellung das Positive einer weithin stigmatisierten politischen Zeitepoche?“ und wie steht „Demokratie hinter Glas“ im Verständnis einer heute erfahrbaren, gelebten Demokratie?

Alfred Rössner, Direktor des Weimarer Stadtmuseums, stellt eine seit 2014 zu sehende Sonderausstellung vor und gibt konkrete, praxisbezogene Antworten. „Zeigerobjekte“ stehen für spezielle Themen und dienen für deren haptische Vermittlung. Exemplarisch für andere Exponate steht der „Stahlhelm“, der 1916 die traditionelle Pickelhaube ablöste, weil er „splittersicher“ sei und Kopfverletzungen minimieren sollte. Der millionenfach produzierte Stahlhelm sei zum Symbol der „Frontkameradschaft“ geworden, fand Verwendung in der Revolution 1918 wie bei den Freikorps zur Bewachung der Nationalversammlung 1919. Der rechts-

konservative und republikfeindliche „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ wählte den Helm zu seinem Signet. Und bei dem von Nationalsozialisten 1933 inszenierten „Tag von Potsdam“ bildeten Helme das militaristische Gegenbild zum „Geist von Weimar“. Der vielseitig verwendete Stahlhelm wird somit zum „Einstieg“ und „Leitthema“ dieser Sonderausstellung. Aber auch Demokratie brauchte und braucht Identifikationssymbole. Die „Schwarz-rot-goldene Reichsfahne“ sollte in Anknüpfung an das Hambacher Fest von 1832 und an die Paulskirchenversammlung 1848 diese Aufgabe übernehmen, was allerdings damals zu erbitterten Kämpfen führte. Die Ausstellung möchte einen Beitrag zur Vorbereitung des 100jährigen Jubiläums im Jahre 2019 leisten. Das Stadtmuseum Weimar will zu einem lebendigen Kommunikations- und Bildungszentrum, zu einem Ort der Demokratieforschung, an dem die Geschichte der Demokratie vermittelt und deren Chancen und Bedrohung in der Gegenwart analysiert werden. Der „Gedenkort“, „Denkort“ und „Lernort“ Weimar sei als authentische Geschichtsstätte mit überregionaler Ausstrahlung für die Wissensvermittlung besonders geeignet. Hier soll – so das Fazit – „die Aktualität von ‚Weimar‘ angemahnt und Demokratie als Prozess vermittelt werden“ (S. 227).

Damit wird der Bogen zurückgeschlagen zum „Weimar-Projekt“, das von den Herausgebern *Michael Dreyer* und *Andreas Braune* angeregt und vorgestellt wird. Grundsätzlich könne man am Beispiel der Weimarer Republik sehr gut erkennen, dass jede Regierungsform dieser Art in Gefahr gerate, wenn der Grundkonsens über den Wert der Demokratie verloren gehe und kein Vertrauen mehr darin herrsche, dass auf diese Art und Weise politische Probleme gelöst werden können. Die Weimarer Republik sei dementsprechend – so fasst Braune zusammen – ein sehr aktuelles Thema. Im Gegensatz zu damals stehen die politischen Eliten Deutschlands heute allerdings auf einem strikt demokratischen Boden und sind überzeugt von unserer Verfassung. Ein genauer Blick auf den lebendigen Erinnerungsort Weimar sei derzeit aber umso wichtiger – auch, um gegenwärtigen Krisen begegnen zu können.

Heidelberg

Wolfgang Michalka

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

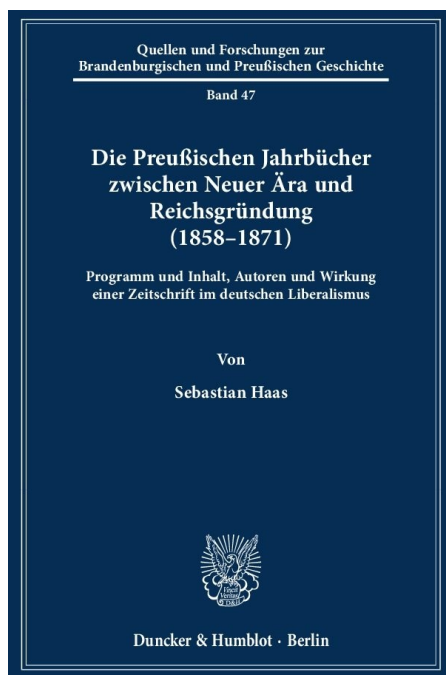


recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Sebastian Haas: Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858-1871). Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus.

Berlin: Duncker & Humblot, 2017 (= Quellen und Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Band 47), 535 S., ISBN: 978-3-428-14990-2



Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Untersuchung von Sebastian Haas über die Frühgeschichte der „Preußischen Jahrbücher“ ist sowohl inhaltlich als auch sprachlich ein Lesegenuss. Gekonnt werden in dieser im Jahre 2015 an der Universität Passau entstandenen Dissertation Politik-, Medien- und Liberalismusgeschichte miteinander verknüpft. Der gewählte Untersuchungszeitraum bietet sich hierfür in besonderem Maße an, denn bekanntlich entwickelten sich in den 1860er Jahren die beiden liberalen Grundprinzipien Einheit und Freiheit zu einem realpolitischen Gegensatz, was den politischen Liberalismus in ein Dilemma stürzte und eine Weichenstellung in seiner Entwicklung darstellte. Die allgemeine Gefahr pressehistorischer Studien, überwiegend Inhalte von Zeitungsartikeln zu referieren, entgeht Haas mittels der Kontextualisierung sowie der Auswertung der Korrespondenzen zwischen der Redaktionsleitung und wichtigen Autoren und Politikern, die im Gegensatz zu den Aufsätzen einen ungefilterten Blick auf Hintergründe und Befindlichkeiten der Beteiligten erlauben. Umgekehrt hätte man sich etwa aus konservativ-staatlicher

Perspektive beziehungsweise bei Bismarck selbst nähere Aufschlüsse über die Wahrnehmung der Zeitschrift aus nicht-liberaler Richtung gewünscht.

Über alle Brüche dieser Umbruchzeit hinweg lässt sich für die „Preußischen Jahrbücher“ ein bedeutsames Kontinuitätsmerkmal feststellen: Treue zum Staat, verbunden mit dem Optimismus, diesen im liberalen Sinne umgestalten zu können. Das lässt sich bereits in der Gründungsphase 1857/58 an der Diskussion über die Namensgebung des neuen Periodikums gut erkennen: „Preußische Jahrbücher“ war im Grunde ein Paradoxon, ging es den Initiatoren doch gerade um die Überwindung des territorialen Status quo mit der Schaffung einer nationalen Ordnung. Aber es galt das von den realexistierenden Verhältnissen ausgehende Diktum eines Theodor Mommsen, wonach Preußen etwas sei, Deutschland hingegen nichts. Der gleichwohl vorhandene Optimismus wird daran ersichtlich, dass sich liberale Vordenker wie Max Duncker in der Hochphase der Reaktionszeit auf das Wagnis einließen, ein analytisch-intellektuelles altliberales Presseorgan insbesondere als Gegengewicht zur konservativen „Kreuzzeitung“ zu schaffen. Der Anfang war holprig und stellte den Gründungsherausgeber Rudolf Haym vor große Probleme: Die erste Ausgabe vom Januar 1858 geriet wegen der Rücksichtnahme sowohl auf die verschiedenen progressiven Strömungen als auch die staatlichen Stellen recht bieder und meinungsschwach, was insbesondere von liberaler Seite selbst scharf kritisiert wurde. Die nachfolgende, etwas pointierter gestaltete Februarausgabe wurde dann vom preußischen Innenministerium wegen Regierungskritik sogleich konfisziert. Für eine trotz wiederholter finanzieller Probleme erfolgreiche Entwicklung war die politische Entwicklung mit verantwortlich. Mit der Übernahme der Regentschaft durch

Wilhelm I., dem Sieg der Altliberalen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und der Ernennung einiger liberal gesinnter Minister brach in Preußen die kurze „Neue Ära“ an, die die „Preußischen Jahrbücher“ somit kurz nach ihrer Gründung plötzlich in die Rolle des publizistischen Sprachrohrs der Mehrheitspartei brachten. Als schnelle und größere Reformfolge – auch wegen des unterschätzten Widerstands seitens konservativer Politiker und der Staatsleitung – ausblieben, verteidigten die Autoren der „Preußischen Jahrbücher“ überwiegend die abwartende, auf Ausgleich setzende Haltung der Altliberalen und druckten im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen 1861 deren komplettes Programm ab, gleichwohl stieg mit der Zeit die Unzufriedenheit mit dem Mangel an Erfolgen sowohl bei den Redakteuren als auch bei den Lesern. Darüber hinaus hatte sich mit der Fortschrittspartei eine progressiv-liberale Alternative gebildet, die für weniger Geduld und Kompromissbereitschaft gegenüber den eigenen Regierungsvertretern und gegenüber der Krone eintrat.

Die Ausgangslage war aus altliberaler Perspektive somit bereits schwierig, als der zuvor bereits schwelende preußische Verfassungskonflikt 1861/62 das politische Geschehen zu bestimmen begann. Im Oktober 1862 wurde nach der Berufung Otto von Bismarcks aufgrund der von ihm verfolgten Konfliktstrategie in den „Preußischen Jahrbüchern“ offen eine „Verfassungskrisis“ (S. 191) konstatiert, Preußen sei konstitutionell vor das Jahr 1850 zurückgefallen. Das abrupte Ende der „Neuen Ära“ bekam das Publikationsorgan auch direkt zu spüren, stellte die zum 1. Juni 1863 erlassene Presseverordnung doch einen deutlichen Rückschritt dar und schränkte die Freiheit der Redakteure ein.

Ein großes Verdienst von Haas' Studie besteht darin, den jüngeren publizistischen Treitschke auch der Vor-Herausgeberzeit mit seiner radikal-liberalen Haltung wieder genauer ins Gedächtnis zu rufen, er avanciert in der Untersuchung mit seinen pointierten Aussagen zu einer Art Hauptfigur. Beispielsweise warf er den Altliberalen und den Jahrbüchern im Streit über die Presseverordnung mangelnde Konfliktbereitschaft vor und äußerte in einem Brief an Herausgeber Haym vom 27. Juni 1863: „Die Revolution ist [...] eine Zweckmäßigkeitsfrage; sobald sie Aussicht auf Erfolg hat, muß sie gewagt werden. Ich wünsche kein Ende der Krisis ohne eine demüthigende, schmachvolle Abdankung. Das Königtum [...] bedarf einer heilsamen, furchtbar ernsten Züchtigung“ (S. 204). Als die Zeitschrift ihren von Max Duncker geprägten kooperativen Kurs eher noch verstärkte, kündigte Treitschke in einem Schreiben vom 17. Juli 1863 seine Mitarbeit in den Jahrbüchern (zwischenzeitlich) auf; ja, er ging noch einen Schritt weiter und distanzierte sich im „Grenzboten“ öffentlich von den Altliberalen und ihrem Journalismus, was Haym wiederum zu einer scharfen Replik in den Jahrbüchern veranlasste; das Tischtuch war vorläufig zerschnitten. Den Wandel brachte dann, bezogen auf Treitschke persönlich, aber auch auf den nun entstehenden Nationalliberalismus insgesamt, Bismarcks militärischer Erfolg im Krieg gegen Dänemark um Schleswig und Holstein. Im liberalen Lager entbrannte ein Streit hinsichtlich der rechtlich legitimen dynastischen Ansprüche versus eine Annexion durch Preußen. Treitschke kehrte nun zur Mitarbeit an den „Preußischen Jahrbüchern“ zurück, um für seine annexionistische Haltung zu werben. Andere liberale Prinzipien mußten zurückstehen, denn „wir opfern der Einheit Deutschlands jedes andere politische Gut“ (S. 259).

Das Jahr 1866 stellte nicht nur für die deutsche Geschichte, sondern auch für die Entwicklung des Liberalismus allgemein und der „Preußischen Jahrbücher“ speziell eine Zäsur dar. Rudolf Haym zog sich, parallel zum politischen Niedergang der Altliberalen, nach und nach, Ende 1864 dann vollständig von der Redaktionsarbeit zurück. Sein Nachfolger als Herausgeber wurde Wilhelm Wehrenpfennig, ihm trat 1866 schließlich Treitschke als Mitherausgeber zur Seite. Haas stellt in diesem Zusammenhang klar, dass die Übernahme dieser Position keine direkte Konsequenz seines überstürzten Weggangs aus Freiburg aufgrund seiner pro-preußischen und anti-österreichisch-süddeutschen Haltung im Vorfeld des sich anbahnenden Krieges war, sondern bereits im Januar 1866 zwischen ihm und Wehrenpfennig vereinbart worden war. Der Charakter der Zeitschrift wandelte sich nun. Während sie unter Haym eher philosophisch-theoretisch ausgerichtet gewesen war und sich dem Ziel der Ana-

lyse des politischen Geschehens verpflichtet sah, ging es unter Wehrenpfennig/Treitschke nun um eine politisch-praktische Ausrichtung mit dem Ziel, das politische Geschehen insbesondere mit Blick auf die nationale Einheit aktiv mitzugestalten. Auch die Ausrichtung veränderte sich im Rahmen der parteipolitischen Umwälzungen ein Stück weit. Dabei widerspricht Haas allerdings der Ansicht, wonach die „Preußischen Jahrbücher“ sich nun gewissermaßen als Sprachrohr Bismarcks verstanden, sie hätten sich, so Haas, vielmehr „dem preußischen Staat verschrieben, nicht der preußischen Regierung“ (S. 281). Zu hinterfragen wäre hierbei allerdings, ob sich diese beiden Ebenen ab 1866/67 überhaupt noch so klar trennen ließen wie ehemals.

Exemplarisch deutlich wird das Jahr 1866 auch als Zäsur des Liberalismus im hiesigen Kontext durch die Veröffentlichung des Aufsatzes von Hermann Baumgarten in den „Preußischen Jahrbüchern“ mit seiner „Selbstkritik des Liberalismus“, die neben einer aktuellen Kursbestimmung im Spannungsfeld zwischen der Verteidigung von Freiheitsrechten und Bismarckscher Einigungspolitik vor allem eine Abrechnung mit den Altliberalen der „Neuen Ära“ darstellte: „Die liberale Partei war gescheitert wie das liberale Ministerium“ (S. 336). Im Gegensatz zu den Liberalen sei Bismarck erfolgreich, „[d]enn in der Politik kommt es darauf an, nicht daß ich eine Ansicht habe, sondern daß ich sie realisiere“ (S. 337). Damit brachte er das Dilemma der Liberalen in der Zeit der Einigungskriege treffend auf den Punkt.

Bonn

Philip Rosin

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Matthias von Hellfeld: Das lange 19. Jahrhundert. Zwischen Revolution und Krieg 1776 bis 1914.

Bonn: Dietz, 2015, 285 S., ISBN: 978-3-8012-0468-6



Der Klappentext des hier zu anzuzeigenden Buches verspricht „die erste überblicksartige Gesamtdarstellung des ‘langen’ 19. Jahrhunderts“. Dem würde nicht nur der Historiker Franz J. Bauer¹ widersprechen, der wie andere auch, ebenfalls eine Gesamtuntersuchung zum Thema vorgelegt hat. Wenn das vorliegende Buch auch nicht die erste Gesamtdarstellung ist, eine gelungene, sehr anregende Lektüre ist es allemal.

Matthias von Hellfeld – Historiker, Publizist und Journalist – widmet sich in seiner Überblicksdarstellung der Zeit von 1776, der Revolution und dem Krieg in Amerika, der Französischen Revolution, bis 1914, als die Julikrise den Beginn des Ersten Weltkrieges markierte. Treffend schreibt von Hellfeld, dass die „unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechte, das Prinzip des Verfassungsstaates, die Trennung von Kirche und Staat und der Vorrang des Individuums vor den Ansprüchen des Staates“ (S. 11) bis heute Bestand haben und „zum Wertekanon moderner Demokratien“ (S. 11) gehören.

Von Hellfeld charakterisiert in einem ersten Zugriff das 19. Jahrhundert als Epoche (S. 11-18), die von einem rasanten gesellschaftlichen Wandel geprägt war. Zwei große Entwicklungen prägten diesen Wandel: die Industrialisierung und die Gründung der Nationalstaaten. Dies versucht von Hellfeld dem Leser in seinen nächsten zehn Kapiteln näherzubringen. In ansprechender Weise nimmt von Hellfeld den Leser mit auf eine Reise durch die Französische Revolution (S. 19-50) bis zum „Weg in den Krieg“ (S. 228-259), schildert die neue Ordnung nach dem Wiener Kongress, die Restauration (S. 51-72), das Leben der Bürgerlichkeit zwischen Biedermeier und Romantik (S. 73-87). Dass die Industrialisierung nicht nur technischen Fortschritt, sondern auch eine „Epidemie der Armut“ bedeutete, kann von Hellfeld eindrucksvoll vermitteln (S. 88-107). Er findet gute sprachliche Bilder für seine ereignisgeschichtlich orientierte Erzählweise. Bilder, Grafiken und Karten bereichern an verschiedenen Stellen den Text und tragen somit zum tieferen Verständnis und zur Anschaulichkeit bei. Das 19. Jahrhundert war auch politisch ein sehr dynamisches, wie der Autor in den Kapiteln „Nationalismus und Liberalismus“ (S. 108-132) und „Parteien, Bewegungen und Verbände“ (S. 180-201) beschreibt. Sehr gut gelingt hier der Abschnitt zum Aufkommen des Liberalismus, den von Hellfeld als europäisches Phänomen, das in England seinen Anfang nahm und das als Gesellschaftsbild auf den „harmonischen Interessensausgleich“ (S. 124) setzte. Der Liberalismus hätte in seinen Anfängen nichts mit Parlamentarismus zu tun gehabt, „den liberalen Intellektuellen ging es in Deutschland vor allem um die Grundprinzipien eines freiheitlichen Staates, der die Rechte des Einzelnen vor den Übergriffen einer Regierung schützen konnte“ (S. 125). Dass sich dies bald ändern sollte, die Liberalen zu Trägern des Parlamentarismus wurden, ist bekannt.

¹ Franz. J. Bauer: Das lange 19. Jahrhundert (1789-1917). Profil einer Epoche, 3. Aufl. Stuttgart 2010.

Von Hellfeld schafft es, das 19. Jahrhundert in seiner positiven und negativen Dynamik, seiner Durchschlagskraft, der gefährlichen Kraft des Nationalismus, dem Unvermögen der Nationalstaaten zu kooperieren, seinen enormen Umwälzungen in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Perspektive sehr anschaulich darzustellen. Dabei bemüht sich der Autor, trotz des großen Themas, auch an vielen Stellen ins Detail zugehen und die zumeist für den deutschen Raum beschriebenen Entwicklungen immer in den europäischen Kontext zu setzen, ohne die sie nicht zu denken wären.

Dieses Buch ist sowohl dem interessierten Laien, als auch den Geschichtsstudenten zur Lektüre zu empfehlen.

Aachen

Ines Soldwisch

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Herbert Hirschler (Hrsg.): Noch eine Chance für den Liberalismus? Freiheitliche Perspektiven.

Frankfurt/M.: Frankfurter Sozietät-Medien, 2016, 200 S., ISBN: 978-3-95601-169-6



Natürlich fällt die Parallele sofort auf: Nicht nur das auf dem Titelbild abgedruckte großformatige Bild, sondern auch der Titel des Buchs erinnern unmittelbar an das unter Liberalen bestens bekannte Werk „Noch eine Chance für die Liberalen“ von Karl Hermann Flach aus dem Jahr 1971. Diese Parallele ist beabsichtigt. Der vorgelegte Band beinhaltet die Vorträge und Moderationen, die bei der elfteiligen Veranstaltungsreihe der Karl-Hermann-Flach-Stiftung gehalten wurden.

Das Vorwort des Herausgebers, Herbert Hirschler, nennt die Kernfrage, derer sich die Veranstalter angenommen haben: „Welchen Stellenwert hat der Liberalismus als politische Kraft heute und welche Chancen bietet er für unser Land?“ (S.7)

Nun ist es immer so eine Sache mit der Zusammenstellung von Redebeiträgen. Manchmal sind die daraus entstandenen Publikationen lieblos und sinnentleert, manchmal sind

sie von den Zeitläuften überholt worden, manchmal hat sich die in den Veranstaltungen behandelte Problematik auch inzwischen erledigt. Nicht so in diesem Fall.

Schon der erste Beitrag liefert den Nachweis, warum diese Veranstaltungsreihe so wichtig war. Datierend vom November 2014, aber in der Endredaktion aktualisiert auf das Jahr 2016, liefert Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach eine Rückschau auf das Meinungsbild über die Partei, aber auch die Inhalte des politischen Liberalismus nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag. Hier wird das Fundament freigelegt, auf dem sich die Zukunft einer liberalen Partei in Deutschland errichten ließ. Mit seiner mit Zahlen belegten Erkenntnis, dass das gesellschaftliche Grundklima für den Liberalismus in den Jahren zuvor nicht grundsätzlich ungünstiger geworden sei, stellt Petersen den Punkt des Neuanfangs dar, zeigt aber auch die Tiefe des Tals, aus dem die Liberalen sich herausarbeiten mussten.

Die Postmoderne mit ihrem programmatischen Bekenntnis zu radikaler Pluralität und der Dekonstruktion überlieferter moderner Ordnungsvorstellungen war Ende November 2014 das Thema, mit dem sich der Historiker Andreas Rödder beschäftigte. Ein hochspannender Beitrag, der das Thema Inklusion einmal aus anderer Richtung durchdekliniert, und zwar als einen politisch kulturellen Paradigmenwechsel, der auch grundlegende Paradoxien und Ambivalenzen mit sich bringt. Er sieht die Chance für einen modernen Liberalismus da, „wo die Kultur der Infusion ebenso wie ihre Kritik zur Ideologie geworden ist“ (S. 34), und die Aufgabe des Liberalismus darin, „die Grundsätze von Toleranz und Offenheit ebenso wie von Chancengerechtigkeit und Selbstverantwortung neu zu beleben und sich in der Auseinandersetzung mit dem Mainstream zu profilieren“.

Noch grundsätzlicher wird der Journalist und Autor Rainer Hank. Im längsten Beitrag des Bandes, aber jederzeit fesselnd und interessant, äußert er die Vermutung, dass der Liberalismus das linke Ziel einer gerechten Gesellschaft besser einlösen kann als die Linke selbst und macht sich auf die „Suche nach unverbrauchten liberalen Vorbildern“, er nennt sie „intellektuelle Idealliberale“ (S. 37). Dabei sucht er „Konvertiten“ und untersucht, „wo, unter welchen Schmerzen und mit welchem Gewinn aus ehemals Linken später Liberale geworden sind“ (S. 37). Er kommt zu einem Vierklang aus liberalen Prinzipien die, wie er schreibt, eigentlich auch „links“ sein müssten, nämlich Konflikt, Machtaversion, Fortschritt und Respekt.

Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch behandelt „die Bedeutung einer liberalen Partei für eine wirtschaftlich starke Gesellschaft“ (S. 69). Er liefert dabei bemerkenswerte Einlassungen eines ehemaligen Spitzenpolitikers einer mit den Liberalen konkurrierenden Partei zu den Parteien und ihrer Wirkung im System für politische Gedanken. Und er meistert die Herausforderung souverän, indem er darstellt, dass er „rational bejahe“, dass „die liberale politische Kraft im Spektrum der Bundesrepublik Deutschland eine Bedeutung“ hat, aber auch nicht verhehle, „dass ich nie jemanden auffordern werde, die FDP zu wählen“ (S. 70f.).

Karl-Heinz Paqué eröffnet eine höchst interessante Perspektive, indem er seine Definition eines qualitativen Wachstums erläutert: Nachhaltigkeit sei schließlich eine liberale Idee! Er liefert eine philosophische Konzeption für eine freiheitliche Nachhaltigkeit, indem er auf das von Karl Popper propagierte Modell des piecemeal engineering verweist, nämlich des Vortastens in die Zukunft unter Bereitschaft zur Korrektur des Weges und unter Verzicht auf Denkverbote. Die Frage, ob die Gesellschaft in Zukunft die nötige Innovationskraft aufbringen kann, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, bewertet er anhand der besonderen liberalen Geisteshaltung: Liberalismus sei, was Nachhaltigkeit betreffe, optimistischer als andere Weltanschauungen, indem er maßgeblich auf die Innovationskraft baue. Es gehe nun darum, Innovationskraft gesamtwirtschaftlich zu erhalten oder sogar auszubauen.

Einen weiteren und weiterführenden Aspekt bringt Rudolf Steinberg in die Diskussion ein. Er sieht die Freiheitlichkeit eines Gemeinwesens als ein Ensemble von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und eine vielfältige Bürgergesellschaft als eine unverzichtbare Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens. Er richtet den Blick auf den heutigen, selbst verantwortlichen Bürger, betont dabei die Bedeutung von Bildung, betont die Freiräume gesellschaftlicher Gestaltung am Beispiel der Hochschulen, die Notwendigkeit einer aktiven Bürgergesellschaft und liefert zudem einige Aspekte einer sozial-liberalen Gesellschaftsordnung.

Matthias Kollatz-Ahnen beschäftigt sich mit dem Liberalismus unter dem Stichwort Investitionslücke und Investitionen. Viel oder wenig Staat - wie soll investiert werden? ist die Frage die ihn umtreibt. Auch er sieht, in interessanter Parallele zum Beitrag von Rainer Hank, Übereinstimmungen zwischen links (Sozialdemokraten und Gewerkschaften) und Liberalismus, zum Beispiel in der Frage der Freiheit gegenüber dem Staat oder der Frage der Selbstregulierung der Wirtschaft. Gleichzeitig kritisiert er aber die Entfremdung und die Entwicklung der liberalen Partei mit der Betonung des „Wirtschaftsliberalismus“.

In einem sehr instruktiv gegliederten Beitrag beschäftigt sich Ursula Weidenfeld mit den drei großen Versuchungen des politischen Liberalismus, die sie definiert als 1. Hedonismus, 2. den Flirt mit Konservatismus und Nationalismus und 3. den modernen Paternalismus. Für den Liberalismus, so schreibt sie, „war der Hedonismus zunächst eine glorreiche Erscheinung, dann wurde er eine Versuchung, schließlich eine Bedrohung“ (S. 137). Die Haltung der Autorin ist dem Beitrag klar zu entnehmen, zum Beispiel wenn sie schreibt: „Die Freiheit ist der liberale Wert schlechthin. In den neunziger Jahren hat sich auch der Liberalismus verlocken lassen, Freiheit mit direktem Wohlstand, radikaler Individualität und reinem Konsum zu verwechseln“ (S.139). Ihre ebenso meinungsstarke Kritik an einem von ihr ausgemachten „Flirt mit rechts“, festgemacht an den Auseinandersetzungen in der Hayek-Gesellschaft, so-

wie ihre Betonung der Gefahr durch ein „quasi liberales Modell des neuen Paternalismus“ (S. 142), sich äußernd im „Nudging“, machen ihren Beitrag ausgesprochen lesenswert.

Klaus Rohletter beschäftigte sich im März 2016 mit Liberalismus und Freiheitlichkeit aus Sicht eines mittelständischen Unternehmers. Die Frage: Hat der Liberalismus in Deutschland noch eine Chance? beantwortet er eindeutig mit Ja. Wenn der Liberalismus die Haltung „Privat vor Staat“ in den Vordergrund stelle und den mittelständischen Unternehmen Hilfe durch Investitionen in Infrastruktur gebe, sehe er dies so. „Der Liberalismus ist als Weltanschauung und Denkrichtung nötig, um die Grundrechte unseres Grundgesetzes und die Grundlagen der Marktwirtschaft immer wieder neu zu begründen und im Alltag zu verteidigen“ (S. 149).

Einen weiten Bogen schlägt der Politikwissenschaftler Jens Hacke in seinem Beitrag „Liberalismus - Zur Geschichte und Gegenwart einer politischen Idee in Deutschland“. Beginnend beim deutschen Sonderweg, mit einer Darstellung des „tragischen und pessimistischen Liberalismus von Max Weber“ (S. 164) über die Darstellung von Weimar als Zeit „nachhaltigen Bemühens um intellektuelle Erneuerung des Liberalismus“ (S. 169) und eine Darstellung „neuer liberaler Positionsbestimmungen in den zwanziger und dreißiger Jahren“ bis zur Gegenwart des Liberalismus liefert Hacke eine umfassende Ideengeschichte, die er auch gleich in Bezug zur aktuellen Situation setzt. Die Weimarer Positionsbestimmungen des Liberalismus nach den Stichworten Kapitalismus und Demokratie, Antitotalitarismus und wehrhafte Demokratie sieht er als weiterhin gültig an. Er zieht allerdings für die Gegenwart die Schlussfolgerung: „Sich mit dem Liberalismus zu identifizieren, heißt allerdings auch eine Pluralität von Liberalismus anzuerkennen. Die Freiheit hat bekanntlich viele Facetten, auf verschiedenen Gebieten und zu verschiedenen Zeiten“ (S. 174). Seine Mahnung, dass „liberale Gesellschaften mitsamt ihrer demokratischen Regierungsform sich nicht in Selbstgewissheit zurückziehen können, das innere und äußere Bedrohungen sichtbar geworden sind, die uns die liberalen Lehren aus der Zwischenkriegszeit wieder aktueller erscheinen lassen“ (S. 176), ist in der Tat hochaktuell.

„Warum liberal?“ fragt der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Wolfgang Gerhardt, zum Schluss des Buches und nimmt den Leser mit auf eine Tour d'Horizon über die Schwierigkeiten der Freiheit, Politik und Religion, die einzigartige Unterschiedlichkeit von Menschen, die Komfortzone Deutschland, die Themen Bildung, Lernen und individuelle Mühen, Marktwirtschaft und Internationales. Wofür stehen Liberale? fragt er zum Schluss und definiert fünf Punkte, die das Nachlesen lohnen. Und er schlussfolgert: „Liberalismus ist deshalb auch mehr als ein parteipolitisches Programm. Liberalismus ist eine Haltung. Für eine offene Gesellschaft mit selbstbestimmter Lebensform, verbunden mit der Bereitschaft zum Lernen, mit Wertorientierung und individueller Mühe. Es wird darauf ankommen, sie überzeugend zu vertreten und mit ihr das gesellschaftliche Klima zu prägen“ (S. 190).

Man merkt dem Buch an, dass Beiträge als Reden und Vorträge in einer Zeitspanne von fast zwei Jahren entstanden sind und gehalten wurden. Einer Zeitspanne, in der der politische Liberalismus in Deutschland wieder begonnen hat, in der öffentlichen Meinung Fuß zu fassen, Boden unter die Füße zu bekommen und dadurch auch argumentativ wieder trittfest zu werden. Die Beiträge sind und bleiben aktuell, denn die Herausforderungen an den Liberalismus werden nicht geringer. Eine lohnende Lektüre!

Berlin

Thomas Volkmann

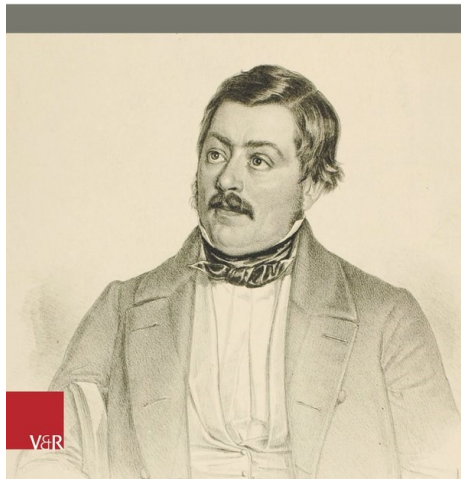
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017**Türk, Henning: Ludwig Andreas Jordan und das Pfälzer Weinbürgertum. Bürgerliche Lebenswelt und liberale Politik im 19. Jahrhundert.**

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016 (= Bürgertum Neue Folge. Studien zur Zivilgesellschaft, Band 12), 424 S., ISBN: 978-3-525-36851-0

Henning Türk

**Ludwig Andreas Jordan und
das Pfälzer Weinbürgertum**

Bürgerliche Lebenswelt und liberale Politik im 19. Jahrhundert



Die gewichtige Habilitationsschrift von Henning Türk befasst sich mit einem bislang vernachlässigten Gegenstand der Liberalismus- und Bürgertumsforschung, den liberalen ländlichen Gutsbesitzern im 19. Jahrhundert. Dabei war die große Bedeutung, die gerade die Weingutsbesitzer im Rheingau, in Rheinhessen und in der Pfalz für die frühe Entwicklung der liberalen Bewegung besaßen, durchaus bekannt. Es fehlten jedoch bislang gründliche, quellenbasierte Forschungen. Mit der vorliegenden Arbeit, die mit dem Wolf-Erich-Keller-Gedächtnispreis ausgezeichnet wurde, wird am Beispiel eines kleinstädtisch-dörflichen Umfelds in der Rheinpfalz die Entstehung des Liberalismus in „regionalen Kontexten“ (S. 15) untersucht und damit zugleich das ländliche Bürgertum, seine Wertvorstellungen und sein Selbstverständnis in den Blick genommen. Der Verf. fragt danach, was es bedeutete, liberal zu sein, und „welche konkreten Erfahrungen“ in das Liberalismus-Verständnis der Protagonisten eingeflossen sind und was sie erreichen wollten. Gegenstand der Untersuchung sind daher nicht die liberalen Ideen, sondern die

historische Praxis des Liberalismus. Es geht somit um die „engagierten Bürger vor Ort“ und deren Protagonisten in ihren konkreten historischen Wirkungskreisen. Auf diese Weise möchte Türk „die Liberalismusforschung vom Kopf auf die Füße stellen“ (S. 19).

Der Arbeit liegt ein individual- und familienbiografischer Ansatz zugrunde, und in ihrem Mittelpunkt steht Ludwig Andreas Jordan (1811-1883), einer der einflussreichsten pfälzischen Weingutsbesitzer seiner Zeit. Er stammte aus einer wohlhabenden Deidesheimer Winzerfamilie, war gesellschaftlich herausgehoben sowie wirtschaftlich und politisch erfolgreich. Wie sein Vater war er Mitglied der Abgeordnetenversammlung des bayerischen Landtags und Bürgermeister von Deidesheim, darüber hinaus wurde er Mitglied des pfälzischen Landrats und Präsident der Handels- und Gewerbekammer, aber auch Mitglied des Frankfurter Vorparlaments, des Zollvereins und schließlich des Reichstags. Für die Entwicklung der bayerischen Fortschrittspartei und der nationalliberalen Partei spielte Jordan eine bedeutende Rolle. Jordan war ein weltgewandter, bestens vernetzter Politiker und Geschäftsmann, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Umso besser, dass mit der vorliegenden Neuerscheinung endlich auch eine umfassende Biografie dieser wichtigen Persönlichkeit vorliegt. Grundlage der Arbeit bildet eine ungewöhnlich reiche Quellenüberlieferung, vor allem auch aus Nachlässen und Familienarchiven, darunter vor allem die umfangreichen Tagebücher und Korrespondenzen Jordans. Auch wirtschaftshistorisch bedeutsame Bestände wurden neben den Quellen zum politischen und gesellschaftlichen Wirken der Protagonisten ausgewertet.

In einleitenden Kapiteln schildert der Verfasser zunächst die besonderen historischen Rahmenbedingungen der Pfalz, die von den Erfahrungen der französischen Herrschaft und ihrem Selbstverständnis als liberaler „Fortschrittsraum“ (S. 38) geprägt war, dann den Aufstieg der Familie Jordan durch eine geschickte Heiratspolitik und die Einführung des Qualitätsweinbaus durch den Vater des Protagonisten, Andreas Jordan (1775-1848). Mit dem Weg von Ludwig Andreas Jordan ins Bürgertum beginnt der Hauptteil des Buches. Zunächst wird die Sozialisation Jordans dargestellt, die durch die Ausrichtung seines Lebens an Idealen und das Streben nach Selbständigkeit bestimmt war. Durch einen umfassenden Unterricht, praktische Mitarbeit im väterlichen Betrieb und eine Bildungsreise nach Belgien und England wurde er auf seine Rolle als Geschäftsmann vorbereitet, außerdem bekam er auch eine musische Bildung und mit Hilfe moralisch-pädagogischer Schriften einen bürgerlichen Tugendkanon vermittelt, der sich am Begriff der „Rechtschaffenheit“ (S. 65) orientierte.

Ein ausgeprägter und intensiv gelebter Freundschaftskult sowie die zentrale Stellung der Familie waren ebenfalls kennzeichnend für das Bürgertum. Für Jordan war dabei insbesondere die lebenslange, enge Freundschaft mit seinem Cousin Franz Peter Buhl (1809-1862) prägend, mit dem er das politische Engagement teilte. Sie beeinflusste auch die Cousin- und Cousinenhochzeit der beiden Freunde, die jeweils die Schwester des anderen heirateten. Jordan brach dadurch mit der am sozialen Aufstieg orientierten Heiratspolitik seiner Familie, die für ihn die Verbindung mit der vermögenden Industriellenfamilie von Gienanth vorgesehen hätte. Doch seine Ehe war auch keine echte romantische Liebesheirat, dies zeigten nicht zuletzt die Vorbehalte seiner späteren Ehefrau Seraphine Buhl, die die Gefühle Jordans zunächst nicht erwidern konnte. Auch sein kühles Verhältnis zu seinem Vater, der strikt gegen die beiden Hochzeiten war, entsprach nicht dem harmonischen Familienideal, das Jordan anstrebte. Wie er mit den vielfältigen Widersprüchen zwischen Ideal und Wirklichkeit umging, zeigt das Buch sehr ausführlich.

Es folgt ein Kapitel über die wirtschaftlichen Aktivitäten Jordans. Die Modernisierung und Verbesserung des Weinbaus betrieb er auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und mit Hilfe renommierter Experten. Die Vermarktung betrieb er mit großer Professionalität; so gelang es ihm, seinem Wein auf Ausstellungen einen auch international anerkannten Markencharakter zu verleihen. Als Kreditgeber und als Großinvestor der pfälzischen Wirtschaft förderte er die Industrialisierung und Verkehrserschließung der Vorderpfalz, wobei er England als Vorbild nannte. Die Industrie wurde von Jordan als Grundlage für die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme seiner Zeit sowie zugleich auch als Motor für die deutsche Nationalstaatsbildung angesehen. Die wirtschaftliche und die politische Einheit hingen für ihn eng zusammen, so dass er schon früh für den Zollverein und damit für eine kleindeutsch-preußische Nationalstaatsgründung eintrat. Überzeugend weist der Verfasser nach, dass Jordan mit dieser Sichtweise den rheinischen Liberalen nahestand, zu denen auch geschäftliche Verbindungen bestanden.

Der letzte Hauptteil der Arbeit widmet sich dem politischen Engagement Jordans, das im Vormärz begann und im Kaiserreich endete. Er setzte die oppositionelle Tätigkeit seines Vaters als liberaler Landtagsabgeordneter fort und bezog mit seiner gemäßigten Haltung eine Position am rechten Rand des liberalen Mainstreams der Pfalz. Er gehörte daher 1848 nicht zum engeren Kandidatenkreis der pfälzischen Volksvereine für die Nationalversammlung. Republikanischen Bestrebungen und einer 1849 von der provisorischen Regierung der Pfalz angestrebten Loslösung von Bayern stand er zutiefst ablehnend gegenüber. Die Grundlagen für sein politisches Wirken bildeten seine Popularität und sein Rückhalt auf lokaler und regionaler Ebene. Jordan repräsentierte den Typus des Honoratiorenpolitikers, dem Wahlkämpfe fremd waren. Sein politisches Handeln legitimierte sich durch seinen ökonomischen Erfolg. Mit großem Selbstbewusstsein forderte Jordan daher auch die Freiheit bürgerlichen Handelns in Politik und Wirtschaft von bürokratischer Reglementierung, dies galt insbesondere für die Selbständigkeit der Gemeinden. Hierfür setzte er sich in einer langwierigen Auseinandersetzung mit der Regierung ein, die schließlich mit der 1869 in der Pfalz in Kraft

getretenen neuen Gemeindeverfassung einen erfolgreichen Abschluss fand. Mit Zähigkeit vertrat er auch eine kleindeutsch-propreußische Orientierung, die unter den pfälzischen Liberalen zunächst eine Minderheitenposition war, sich aber nach 1866 mehrheitlich durchsetzen konnte. Auch bei der Zustimmung der bayerischen Abgeordnetenversammlung zum Beitritt Bayerns in das Reich 1871 wirkte der überzeugte Nationalliberale mit. In sozialpolitischer Hinsicht zeigte sich Jordan als großzügiger Stifter, der in Deidesheim einen Brunnen mit Wasserleitung und eine Kleinkinderbewahranstalt einrichten ließ.

Zu den vielen wichtigen Themen, die in dem eindrucksvollen Buch angesprochen werden, zählt auch das Verhältnis zwischen Katholizismus und liberalem Bürgertum. Jordan war ein gläubiger, aber aufgeklärter Katholik. Die aufkommende ultramontane Bewegung und die klerikale Orthodoxie lehnte er entschieden ab, weshalb er sich schließlich den Altkatholiken anschloss. Kritisch kommentierte er, dass „die neuen Eiferer“ (S. 314) und „das Pfaffenthum“ (S. 355) das Verhältnis zwischen den Konfessionen beeinträchtigen würden. Spannend war auch die Haltung des Wirtschaftsbürgers Jordan zum süddeutschen Bildungsbürgertum. Türk deutet hier die Auffassungsunterschiede an, weshalb Jordan eher bei den rheinischen Wirtschaftsliberalen zu verorten sei. Andererseits bestanden beispielsweise enge Verbindungen zu den Heidelberger Liberalen um Ludwig Häusser, mit dem er liberale Zeitungsprojekte betrieb. Das Verhältnis mag allerdings ambivalent gewesen sein, so warf Jordans Frau Josephine den Heidelberger Professoren Hohn vor: Die „großen Geister stellen sich so unendlich höher als den schlichtern unstudierten Mann, daß sie diesem schon eine Ehre anthun, wenn sie ihren Geistesproducten durch dessen Geld die Wege bahnen“ (S. 319).

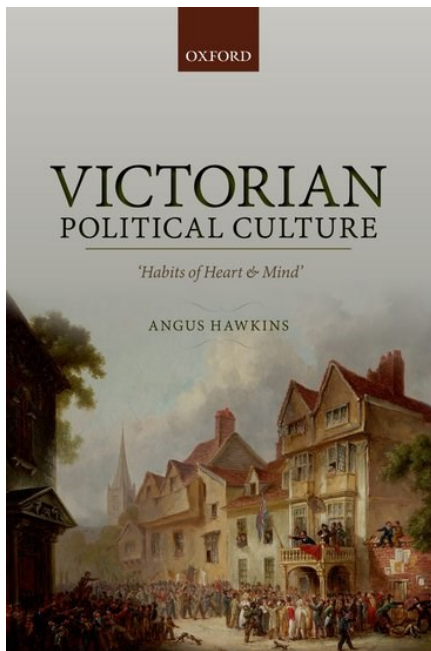
Türk hat ein bedeutendes und die Forschung wahrhaft bereicherndes Werk vorgelegt. Er belegt, wie erkenntnisfördernd und erhellend es sein kann, wenn sich Forschende der Mühe unterziehen, umfangreiche Quellenbestände auszuwerten. Kritisch anzumerken ist lediglich die etwas unglückliche Wahl des Begriffs „Weinbürgertum“, der die Sozialgruppe räumlich und von der Bedeutung her unnötig einschränkt. Besser wäre es hier, von gutsbesitzendem Bürgertum zu sprechen und damit die wirtschaftliche Basis im agrarischen Bereich unabhängig von den jeweiligen Produkten ins Auge zu fassen. Interessant wäre es zu untersuchen, inwieweit sich auch andere Grundbesitzer in ähnlicher Form engagierten und welche Rolle beispielsweise die landwirtschaftlichen Vereine für den frühen Liberalismus spielten. Trotz dieser Einschränkung ist dem Verfasser zu seinem gelungenen Werk zu gratulieren, das über den reichen wissenschaftlichen Ertrag hinaus auch noch eine angenehme Lektüre bietet. Türk hat aus Sicht des Rezensenten eine der wichtigsten Neuerscheinungen zur Bürger- und Liberalismusforschung der letzten Jahre vorgelegt. Künftige Untersuchungen werden dieses Werk zur Kenntnis nehmen müssen.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017**Angus Hawkins: Victorian Political Culture. „Habits of Heart and Mind“.**

Oxford: Oxford University Press, 2015, 428 S., ISBN: 978-0-19-872848-1



Angus Hawkins, Professor für Moderne Britische Geschichte an der Universität Oxford und Fellow am dortigen Keble College, gilt als ausgewiesener Kenner der politischen Geschichte Großbritanniens im 19. Jahrhundert. Zu seinen bisherigen Veröffentlichungen zählt eine vielbeachtete zweibändige Biographie des langjährigen konservativen Parteiführers und dreimaligen Premierministers Edward Stanley, 14. Earl of Derby. Mit seinem neuesten Buch hat Hawkins nun eine inhaltlich breit angelegte und elegant geschriebene Synthese der Geschichte der politischen Kultur im viktorianischen Zeitalter vorgelegt, welche Maßstäbe setzt und für die nächsten Jahre als Standardwerk gelten dürfte.

Hawkins greift nicht nur auf sein eigenes fundiertes Wissen zurück, sondern arbeitet die Forschungsergebnisse anderer Historiker, insbesondere der Vertreter der „New Political History“ wie Jon Lawrence, James Owen und Kathryn Rix, gekonnt in seine Studie ein. Kennern der politischen Geschichte Großbritanniens im 19. Jahrhun-

dert dürfte vieles davon geläufig sein. Doch Hawkins setzt auch eigene Akzente und neue Schwerpunkte. Ihm geht es insbesondere darum, die Entwicklung der politischen Kultur im Kontext der Diskurse um Geschichte, Moral/Religion und Gemeinschaft („community“) im öffentlichen Leben zu zeigen. Denn dieses thematische Dreigespann bestimmte nachhaltig den Blick der Zeitgenossen auf zahlreiche Aspekte der politischen Kultur wie etwa das Wahlrecht, das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten, das Verständnis von den Aufgaben der Abgeordneten, die Funktion des Parlaments sowie die Rolle von politischen Parteien. Die Schilderung der politischen Entwicklung vor dem Hintergrund der politischen, theologischen, naturwissenschaftlichen und philosophischen Debatten der Zeit gehört zu den besonderen Vorzügen des vorliegenden Buches.

Nach einem Kapitel, das vor allem Diskurse um die Souveränität des Parlaments am Anfang des 19. Jahrhunderts in den Blick nimmt, widmet sich Hawkins in den folgenden vier Kapiteln der Genese und den Folgen der 1832 verabschiedeten Reformen des Wahlrechts und der Wahlkreiseinteilung. Die Reform Acts gelten als historische Zäsur in der Entwicklung der politischen Kultur des Vereinigten Königreichs. Doch Hawkins macht klar – und damit stimmt er mit einem Großteil der bisherigen Forschung überein – dass die parlamentarischen Väter der Reformen keine radikale Umwälzung, sondern eine vorsichtige Neujustierung des bestehenden politischen Systems beabsichtigten, damit dieses einem potentiellen revolutionären Umsturz besser standhalten konnte. Die Mahnung des Historikers und Whig-Politikers Thomas Babington Macaulay während der Parlamentsdebatten 1831, „Reform, that you may preserve“ brachte die eher konservativen Ziele der Reformbefürworter treffend auf den Punkt. Neue kommerzielle Interessen, vorwiegend in den Industrie- und Hafenstädten, sollten nun auch in Westminster vertreten sein, die aristokratischen Privilegien und die Vormachtstellung des Großgrundbesitzes dennoch weitgehend unangetastet bleiben.

Hawkins schildert ausführlich die – teilweise auch unvorhergesehenen – Folgen der Reformgesetzgebung für die Herausbildung der politischen Parteien, die Zurückdrängung der königlichen Prärogative und das Verhältnis zwischen Wählern – und Nichtwählern – einerseits und Abgeordneten andererseits. Bemerkenswert ist seine Darstellung der politischen Landschaft im Lande nach 1832, die sich auf die im Rahmen des Forschungsprojekts „History of Parliament 1832-1868“ entstandenen Wahlkreis-Studien stützt. Hawkins arbeitet die unterschiedlichen politischen Kulturen in England, Wales, Schottland und Irland klar heraus und weist zudem auf die Kontinuität lokaler Machtkonflikte und politischer Identitäten in den einzelnen Wahlkreisen hin, die dem Entstehen zentral gesteuerter Parteiorganisationen noch entgegenwirkten. Er unterstreicht, dass die Konservativen insgesamt agiler und effektiver als ihre politischen Gegner auf die organisatorischen Herausforderungen nach den Reform Acts reagierten und dass die Streitigkeiten zwischen Whigs, Reformern, Liberalen und Radikalen auf der Wahlkreisebene dafür sorgten, dass zwischen 1837 und 1857 die Konservativen stets die Mehrheit der englischen MPs in Westminster stellten. Dass die Whigs und Liberalen dennoch fast zwanzig Jahre lang und mit nur kurzen Unterbrechungen die Regierung bilden konnten, verdankten sie lediglich ihrer starken Stellung in Schottland und Irland. Damit relativiert Hawkins das noch weitverbreitete Bild der liberalen Hegemonie im gesamten Vereinigten Königreich zwischen 1832 und 1874.

Die zweite große Reform des Wahlrechts in den Jahren 1867/68, die Einführung des geheimen Wahlrechts 1872 und die Maßnahmen zur Eindämmung von Korruption und Wahlbeeinflussung Anfang der 1880er Jahre stehen im Mittelpunkt der folgenden drei Kapitel. Hawkins beschreibt plastisch, dass viele Politiker 1867/68 aus Angst vor dem künftigen Verhalten der nun stark angestiegenen Zahl der Wahlberechtigten sorgenvoll in die Zukunft blickten. Die meisten ihrer Befürchtungen sollten sich nicht bewahrheiten, dennoch leitete die Gesetzgebung dieser Jahre eine fundamentale Verschiebung in der politischen Kultur ein: Moderne Parteiorganisationen mit größerer Kontrolle der Parteizentralen kristallisierten sich heraus, die Fraktionsdisziplin spielte in Westminster eine immer größere Rolle, auch die Aufgaben des Parlaments veränderten sich. Fortan diene das Unterhaus nicht primär als Forum, um die Regierung zu bestimmen und die großen Fragen der Nation zu erörtern, sondern hauptsächlich – bedingt durch den gewaltigen Maßnahmenkatalog des ersten Gladstone-Ministeriums – als gesetzgeberisches Organ. Die Souveränität des Parlaments wich nun allmählich der Macht von „popular opinion“, kanalisiert durch die politischen Parteien und die Presse. Wie sich diese Entwicklungen nach einer weiteren Ausdehnung des Wahlrechts und der damit verbundenen Neueinteilung der Wahlkreise im Jahre 1884/85 fortsetzten, behandelt Hawkins in einem Kapitel, das einen Blick auf die politische Kultur bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wirft.

Kritik an einer solch gelungenen Darstellung, in der der Autor eine gewaltige Masse an Quellen und Literatur nicht nur gesichtet, sondern auch meisterhaft zu einem klar strukturierten und sehr gut lesbaren Text geordnet und verwoben hat, scheint fast beckenmesserisch. Gelegentlich führen die insgesamt sehr nuancierten und ausgewogenen Urteile dazu, dass der Leser im Unklaren darüber gelassen wird, inwieweit sich bestimmte Entwicklungen tatsächlich verfestigt hatten oder nicht. Das gilt etwa für den Aufstieg moderner Parteien mit nationalen Organisationsstrukturen und politischen Botschaften, auf den Hawkins immer wieder rekurriert. Diesen Prozess, der ab den 1830er Jahren einsetzte und ab den 1870er Jahren an Schwung gewann, schildert der Verfasser gegen Ende des Buches fast wie den unaufhaltsamen Siegeszug des modernen Parteiensystems. An anderer Stelle relativiert er hingegen dieses eher traditionelle Bild durch den völlig berechtigten Hinweis auf die noch wirkungsmächtigen lokalen Identitäten, die selbst in den 1880er und 1890er Jahren die Wahlkämpfe auf der lokalen Ebene prägten und die Entwicklung hin zu zentral gesteuerten Parteiapparaten bremsen. Letzten Endes bleibt schwammig, inwieweit bis Ende des Jahrhunderts sich die Gewichte zugunsten nationaler politischer Identitäten und Parteien verschoben hatten.

Diese Unklarheit mag damit zusammenhängen, dass Hawkins trotz aller Bemühungen, den Forschungsergebnissen der „New Political History“ Rechnung zu tragen und insbesondere in den Kapiteln vier und fünf die unterschiedlichen politischen Kulturen auf Wahlkreisebene in den Blick zu nehmen, das Geschehen in Westminster und die Diskurse um die Verfassung, die Funktion des Parlaments und die Rolle der Abgeordneten in den Mittelpunkt der Studie rückt. Diese Schwerpunktsetzung ist sicherlich ein Stück weit der Notwendigkeit zur Synthese geschuldet. Die großen außerparlamentarischen Bewegungen des viktorianischen Zeitalters nehmen so jedoch erstaunlich wenig Raum ein, und durch die Fokussierung auf Westminster und die Parlamentswahlen wird die Rolle der kommunalen Ebene als Motor – und mancherorts auch als Bremse – für die von Hawkins geschilderten Entwicklungen der politischen Kultur(en) fast gänzlich ausgeblendet. Diese geringen Einwände schmälern aber keineswegs die Gesamtleistung. Hawkins' Buch ist unverzichtbar für alle, die sich mit der politischen Entwicklung des Vereinigten Königreichs im 19. Jahrhundert befassen wollen.

Baden-Baden

Mark Willock

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

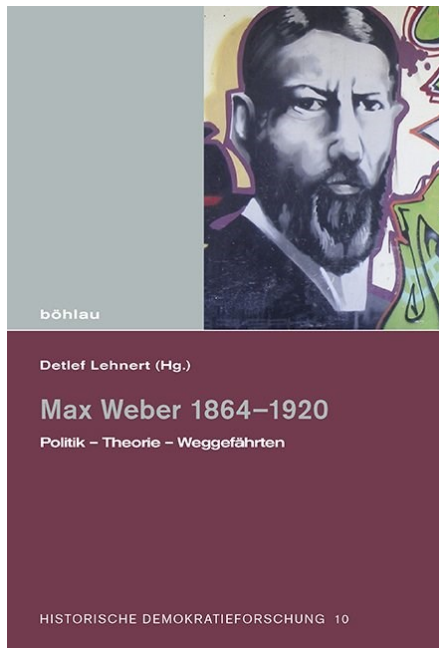


recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Detlef Lehnert (Hrsg.): Max Weber 1864–1920. Politik – Theorie – Weggefährten.

Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag, 2016 (= Historische Demokratieforschung, Band 10), 348 S., ISBN: 978-3-412-50531-8



Max Webers 150. Geburtstag im Jahre 2014 hat große Beachtung gefunden. Zahlreiche Symposien wurden landesweit veranstaltet, vielfach mit thematischen Schwerpunkten, oft aber auch in resümierender Absicht. Das war sinnvoll, denn die in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten geleistete Arbeit hat die Weber-Forschung grundlegend umgestaltet. „Grundlegend“ schon im Blick auf die Textbasis, dann aber auch in nahezu jeder erdenklichen Einzelrichtung des Analyse- und Interpretationsgeschäftes.

Das Stichwort „Exemplarisches Resümieren“ verwendet der Herausgeber des Bandes, der Berliner Politikwissenschaftler Detlef Lehnert, denn auch in seinen einleitenden Ausführungen zu dem vorliegenden Band. Er geht zurück auf eine Tagung der Hugo-Preuß-Stiftung vom 25. und 26. April 2014 (in den Räumen der „Stiftung Topographie des Terrors“), die dem „interdisziplinären Sozialwissenschaftler Max Weber“ gewidmet war. Sie stand unter dem Titel „Politischer Konfessionalismus“, eine Begriffskon-

struktion, deren Gewicht in der Druckfassung allerdings deutlich zurückgenommen worden ist und die auch durch die Hinzunahme weiterer Beiträge noch einmal abgeschwächt wird. Ihre Untauglichkeit scheint den Beteiligten im Zuge der Arbeiten selbst deutlich geworden zu sein; jedenfalls spricht der Herausgeber selbst einleitend nur noch von „(politischem) Konfessionalismus“, und in seinem eigenen Beitrag zu „Friedrich Naumann und der Progressismus“ findet er die Formel „politisch-ökonomische ‚Konfession‘“. Dieter Langewiesche modifiziert den ursprünglichen Vortragstitel „Nationalismus als politische Konfession“ in „Nation bei Max Weber“, während der im Programm angeführte Vortrag des Erlanger Historikers Stefan Grüner unter dem Titel „Protestantismusthese und ‚Culture Wars‘“ gleich ganz durch einen stark exegetischen Aufsatz des Sozialhistorikers der Frühen Neuzeit Thomas Sokoll ersetzt worden ist.

Wie auch immer man diese Dinge zu verstehen hat, hier deutet sich doch ein „Rationalisierungsfortschritt“ im Umgang mit Weber und der Weber-Rezeption an. Dass gleichwohl der Anspruch weitgespannt bleibt, dabei aber eben auch unter Inkaufnahme eines Präzisionsverlustes, zeigt Lehnerts Bemühen, Weber aus einem großen „Zwischen“ – zwischen den politischen Zeiten und zwischen den Fachdisziplinen – heraus zu verstehen. Die Beiträge selbst sind nach den Kategorien „Politik“ (Zwischen Kaiserreich und Republik), „Theorie“ (Zwischen und jenseits der Fachdisziplinen) und „Weggefährten“ (In Wissenschaft und öffentlichem Leben) zu drei Gruppen angeordnet.

Die Themen der Aufsätze aus jener ersten Abteilung sind der Nation-Begriff (Langewiesche), der „Kampf ums Dasein“ (Peter Steinbach), bekanntlich ein Leit- und Lieblingsmotiv Webers, die „Wirtschaftspolitik als Beruf“ (Tim B. Müller) und ein von Marcel Rudolph „Machtessentialismus“ genanntes Element des politischen Denkens Webers, wobei der Autor sich in der

Hauptsache der Weber-Rezeption bei Raymond Aron und Herfried Münkler widmet. Der Gesamteindruck dieser Texte ist, wie ihn ja auch die neuere biographische Literatur hinreichend vermittelt, dass im Blick auf Webers politische bzw. politikkommentierende Tätigkeit eben doch ganz und gar nicht in distanzierendem Sinne von einem „Zwischen“, sondern vielmehr von einem ausgeprägten „In“ die Rede sein sollte, und zwar sowohl im Blick auf „Kaiserreich“ wie auch auf „Republik“.

In der Theorie-Sektion werden „Die Antinomien des Rationalismus und der Rationalisierung“ erörtert (von Wolfgang Schluchter), die „Protestantismusthese“ in Aussage und Wirkung (Sokoll), welch letztere in Gestalt des „Protokolls einer Verdrängung“ erörtert wird, sodann „Webers sozialwissenschaftliche Diagnose des ‚bürokratischen Kältetods‘ und sein anti-progressistischer Dekadenzglaube“ (Harald Bluhm/Katharina Bluhm) und schließlich das für die argumentative Gesamtanlage von „Wirtschaft und Gesellschaft“ so eminent wichtige und auch wirkungsgeschichtlich herausragende Stadt-Konzept (Uwe Prell).

Der Max Weber durch die biographische Kontingenz aufgenötigte engste „Weggefährte“ war sein Bruder Alfred. Dem ebenso spannungsreichen wie wechselhaften Bevormundungs- und Konkurrenzverhältnis zu diesem vier Jahre Jüngeren sowie der gleichfalls komplexen Beziehung zu dem zeitweise recht eng befreundeten, dann jahrelang, bis zum Tod, vollkommen beschwiegenen und wohl auch ignorierten Theologen und Kulturphilosophen Ernst Troeltsch widmet sich Gangolf Hübinger („Kultursoziologie und Demokratieprobleme“). Detlev Lehnert untersucht in seinem Beitrag Friedrich Naumanns politisches Programm vom Motiv des Fortschrittsgedankens aus („Naumann und der Progressismus“), wobei das „asymmetrische“ Verhältnis zu Weber eher am Rande eine Rolle spielt. Den dritten Beitrag zur Sektion „Weggefährten“ steuert die Wuppertaler Historikerin Monika Wienfort über „Max Weber und die Frauenemanzipation“ bei, in dem sie von seinen öffentlichen Stellungnahmen und persönlichen Beziehungen aus ein Bild von Webers Geschlechterverständnis entwirft.

Der Band als ganzer ist schwer zu charakterisieren. Wer einzelnen Themen nachgeht, die in hier gebotenen Beiträgen verhandelt werden, findet eingehende, engagierte und zum Teil sehr substantielle Ausführungen. Es ist auch erfreulich, dass etliche der Autoren klare Stellungnahmen zu ihren jeweiligen Sachverhalten nicht scheuen. Eine Linie, ein verbindendes Band, gar eine vereinigende interpretatorische Perspektive wird aber, trotz der gegenteiligen Bekundungen, nicht recht sichtbar. Als herausragende Einzelleistung sei dagegen noch einmal auf den Beitrag von Dieter Langewiesche hingewiesen. Dass „Nation“ für Weber bei der Zukunftsgestaltung der eigenen individuellen wie sozialen Existenz als oberste Wertidee fungiert, wird in aller Deutlichkeit (auch unter Einschluss des Briefwerkes) deutlich gemacht. Dies war Webers politisches Bekenntnis. „Konfession“ hätte er es nicht genannt.

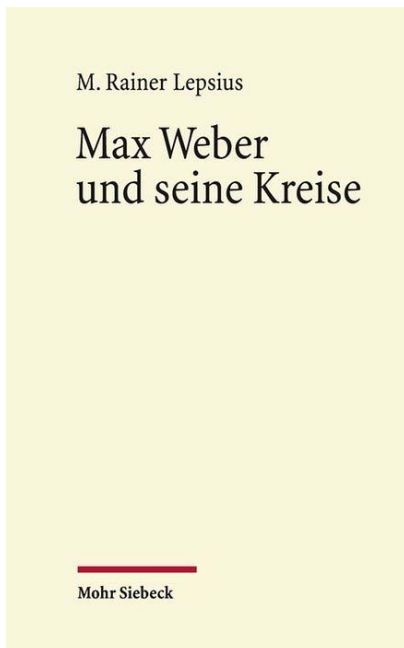
Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

M. Rainer Lepsius: Max Weber und seine Kreise. Essays.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2016, XI und 324 S., ISBN: 978-3-16-154738-6



Die Herausgeber, Editoren und Mitarbeiter der Max Weber-Gesamtausgabe (MWG) sowie der Verleger Georg Siebeck nannten M. Rainer Lepsius in der gemeinsam unterzeichneten Traueranzeige ihren „Kapitän“. „Sein Vorbild spornt uns an, nun auch ohne ihn zum Ziel zu kommen“. Jeder, der über die Jahrzehnte hinweg den Fortgang jener Ausgabe verfolgt hat, weiß um die Bedeutung dieser Worte. Mit dem Tod Anfang Oktober 2014 ist diesem monumentalen Projekt der Inspirator und auch *spiritus rector* verlorengegangen.

Nun liegt in einem schön gestalteten Band, gleichsam als Ehrengabe des Siebeck-Verlages, eine Sammlung sechzehn essayistischer Texte zu Leben, Werk und Wirken Max Webers vor. Der Sohn Oliver Lepsius hat sie mit einem kurzen Vorwort versehen und, gemeinsam mit Wolfgang Schluchter, auch einzelne editorische Eingriffe (insbesondere in den Verweisungen auf inzwischen neu erschienene MWG-Bände) vorgenommen.

Es handelt sich nicht um eine Gesamtausgabe der Lepsius'schen Beiträge zur Weber-Forschung. „Max Weber in München“ von 1976, ein ganz wunderbarer Text, der manchen, in günstiger Stunde gelesen, überhaupt zum Weber-Studium gebracht hat, findet man hier nicht. (Dieser Aufsatz ist in dem Sammelband „Interessen, Ideen und Institutionen“ von 1990 enthalten, so wie andere, mehr theoriegeleitete Arbeiten in Lepsius' Hauptwerk „Demokratie in Deutschland“ von 1993.) Auch verzichtet wurde auf einen Wiederabdruck des bekanntesten Textes, der Studie über „Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den ‚Führerstaat‘ Adolf Hitlers“ von 1986 (erneut in dem Band von 1993). Hier hebt Lepsius die frappierende Übereinstimmung von Webers Charisma-Konzept mit der NS-Herrschaftspraxis hervor. Zahlreiche historische Analysen haben seither dessen Brauchbarkeit für die Beschreibung der Hitler-Diktatur erwiesen. Stärker als dort allerdings meist geschehen, hat Lepsius selbst betont, dass der Glaube an den charismatischen Führer die Glaubensbereitschaft – also jene von Weber (etwa in den „Soziologischen Grundbegriffen“) als eine Form von Unterwerfungswilligkeit bezeichnete Haltung – voraussetzt und damit verbunden auch das Aufgeben prägender Motive traditioneller Sittlichkeit. Erst diese Disposition führte dann nach Lepsius zu einer Integration der verschiedenen sozialen Milieus im volksgemeinschaftlich überhöhten Führerstaat.

Eine kurze Selbstdarstellung seiner Position in der Charisma-Frage gab Lepsius noch einmal 2011, in der er auch auf den seither erarbeiteten historiographischen Forschungsstand Bezug nahm. Dieser Beitrag ist in den Band ebenso aufgenommen, wie thematisch zugehörige Studien zu Webers „Programm der Institutionenpolitik“, zum sogenannten „Weber-Paradigma“ und zu seinem Anteil an der Begründung der modernen Sozialwissenschaften. Diese Texte bilden die erste von fünf Rubriken („Der Wissenschaftler und seine Wirkung“). Hierzu zählt schließlich auch ein bisher unveröffentlichter Vortrag anlässlich der Jahresfeier der Universität Heidelberg von 1992 über „Die Prägung des Menschen durch politische Ord-

nungen“, in dem aus dem Abstand von siebzig Jahren ein Rückblick auf Webers „Befürchtungen und Hoffnungen“ angesichts der Umwälzungen durch Krieg und unmittelbare Nachkriegszeit geworfen wird.

Eine zweite Gruppe von Essays steht unter dem (unverständlichen) Titel „Der Professionspolitiker“. Abgedruckt werden hier zwei Aufsätze über Webers Anteil an der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und zum Thema „Max Weber und die deutsche Universität“ (ein unpublizierter Vortrag an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften von 1982). Bisher unveröffentlicht ist auch eine kleine Studie zu „Max Weber in Italien“, die gemeinsam mit einer Skizze zur USA-Reise von 1904 unter der Überschrift „Der Reisende“ steht. Schließlich findet man fünf Beiträge zu persönlichen Beziehungen Webers, darunter Texte zu Mina Tobler und zum Liebesverhältnis zu Else Jaffé, wobei es sich um leicht redigierte Passagen aus der Einleitung zum zehnten Briefband der MWG handelt. Lesenswert sind auch die erstmals gedruckten Ausführungen zur Geschichte der Bewohnerschaft der Villa Fallenstein in Heidelberg, dem heutigen „Max-Weber-Haus“, in der Ziegelhäuser Landstraße 17; sie hat Lepsius bei den von ihm veranstalteten vielbesuchten Führungen durch das Haus zugrundegelegt und seit den 1980er Jahren ständig erweitert. Den Abschluss bilden zwei Texte zur Gesamtausgabe, die beide zwar mehr den Charakter einer Präsentation haben, aber Adepten doch auch gut in das große Unternehmen insgesamt einführen.

M. Rainer Lepsius war, wie der Rezensent gerne bezeugt, ein äußerst liebenswürdiger Mensch. Als akademischer Lehrer war er selbst Charismatiker. Etwas von dieser Kraft strahlt auch von den Texten des Bandes aus, dessen Zusammenstellung noch auf Lepsius selbst zurückgeht. Vor allem aber rufen sie, bei aller Durchsichtigkeit der Diktion und ungeachtet der bisweilen gefälligen Thematik, in Erinnerung, dass es Lepsius' ständiges Plädoyer gewesen ist, Weber nicht von einer überpointierten Rationalismus- bzw. Rationalisierungs-Theorie aus in den Griff nehmen zu wollen. „Eigenart und Potenzial“ jenes „Paradigmas“ – nämlich eines Paradigmas für die gegenwärtige soziologische Wissenschaft – bestehen darin, dass soziales Handeln von Akteuren mit den Grundgrößen Sinn (Handlungsorientierung) und Struktur (Handlungskoordination) verbunden werden muss. Webers Modell ist denn auch gerade deshalb so komplex, weil seine Begriffe auf die Erfassung von Prozessen gerichtet sind, nicht auf die Beschreibung von Kollektiven. Dass Weber stets von „Vergemeinschaftung“ und „Vergesellschaftung“ gesprochen hat und nicht von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ (oder etwa von Klassen und Ständen), war für Lepsius eben der Dreh- und Angelpunkt seiner Erörterungen.

Berlin

Matthias Wolfes